

Das Magazin

1.20

Digital

Wie Datenerfassung und neue
Technologien unser Leben verändern



Robert Bosch
Stiftung

Liebe Leserin, lieber Leser,

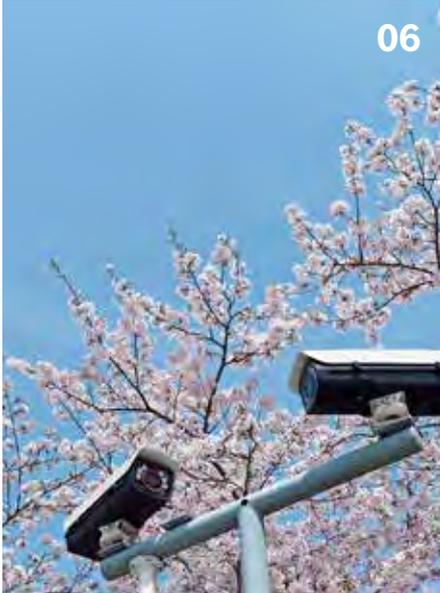
Einsen und Nullen bilden die Basis der digitalen Welt. Aus ihnen setzen sich Bits und Bytes zusammen. Übersetzt in elektrische oder optische Signale – Strom oder kein Strom, Licht oder kein Licht – speichern und transportieren die Einsen und Nullen heute unvorstellbare Datenmengen. Für Einsen und Nullen, Strom und Licht gelten die Regeln von Mathematik und Physik. Die Welt der binären Zahlen ist zunächst eindeutig und logisch. Das gilt aber nur, bis der Mensch dazukommt.

Die Digitalisierung macht die Welt für den Menschen nicht einfacher und logischer. Im Gegenteil. Die Auswirkungen von Big Data oder Algorithmen auf fast alle Dimensionen unseres Lebens sind höchst ambivalent. Stärkt der unbeschränkte Zugang zu Informationen den mündigen Bürger? Oder wird er durch Analyse seiner Daten zum manipulierbaren Objekt? Was bedeutet das für die Demokratie? Fördern die sozialen Medien weiterhin den Frühling der Zivilgesellschaft wie vor ein paar Jahren in den arabischen Ländern? Oder droht uns durch Gesichtserkennung und vollständige Erfassung unserer digitalen Spuren die totale Überwachung? Hilft digitale Bildung jedem Kind, sein volles Potenzial zu entfalten, oder verstärkt sie die digitale Spaltung der Gesellschaft?

Ob sich eher die Potenziale verwirklichen oder die Risiken, ist kein Schicksal. Wir müssen als Gesellschaft gemeinsam die Regeln der Digitalisierung gestalten. Dafür braucht es eine differenzierte Debatte mit einem starken Beitrag der Zivilgesellschaft. Ein paar Anregungen dafür finden Sie hoffentlich in diesem Heft.

Wir wünschen Ihnen viel Freude beim Lesen.





6

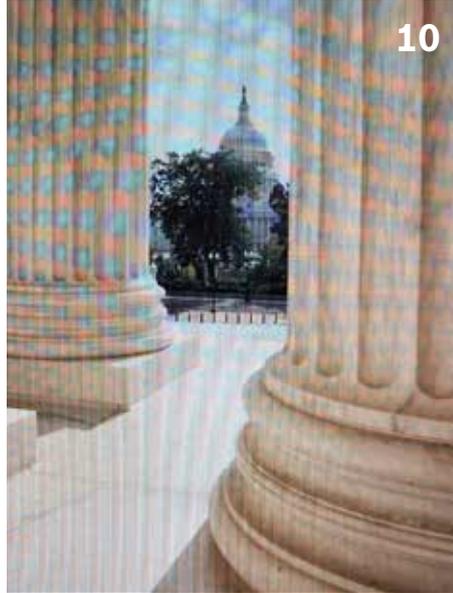
Fakten

Digitalisierung verändert unser Leben

8

Anfangen

Das Projekt GeschichtsCheck entlarvt historische Fake News im Netz



10

Wahlkampf digital

Wie Wählerbeeinflussung in den sozialen Medien funktioniert und was das mit der Demokratie macht

16

Infografik

Hinter Shitstorms steckt häufig keine große Masse – sondern eine laute Minderheit



18

Debatte

Die Digitalisierung bietet der Zivilgesellschaft neue Werkzeuge – doch auch Möglichkeiten der Überwachung und Kontrolle nehmen zu

24

Critical Mapping

Bürger tragen Informationen über ihre Stadtviertel zu digitalen Karten zusammen, um Veränderungen anzustoßen. Ein Beispiel aus Berlin

28

Essay

IT-Wissenschaftlerin Catherine Mulligan über digitale Ungleichheit, Macht und Kryptowährungen



30

30 **Schule digital**

Die Coronakrise traf die Schulen von heute auf morgen – Vorteile hatten die, die schon länger auf digitales Lernen setzen

36 **Stiftung der Zukunft**

Wir stellen die Themen vor, auf die sich unsere Bereiche Gesundheit, Bildung und Bürgergesellschaft künftig fokussieren werden



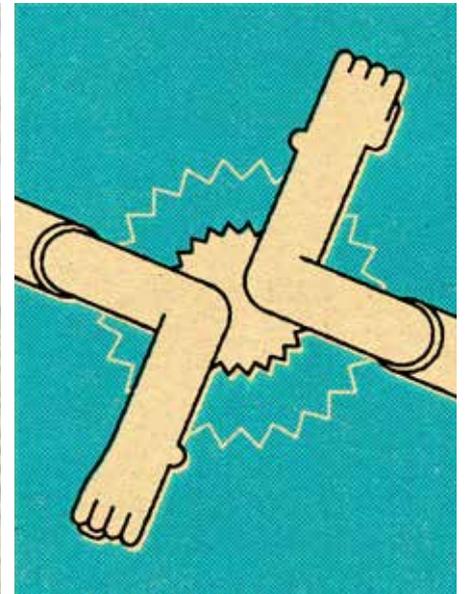
44

44 **Hinter den Kulissen**

Wie die Forscherin Julia Ebner undercover in rechtsextremistische Onlineforen abtauchte

46 **Angestiftet**

Das MESH Collective bringt politische Themen dahin, wo sie Jugendliche erreichen: zu YouTube und Instagram



Themen mit Bezug zur Coronakrise

Die Coronakrise hat vielen Fragen rund um Digitalisierung eine neue Dringlichkeit gegeben. An den folgenden Stellen im Heft greifen wir solche Fragen auf:

Debatte über die Chancen und Gefahren der Digitalisierung – Seite 18

Essay über die Ungleichheit beim Zugang zu digitaler Technik – Seite 28

Reportage über Unterricht während der Pandemie – Seite 30

Wie Digitalisierung unser Leben verändert

Acht Aspekte, die zeigen, dass Transparenz, Freiheitsrechte und Teilhabe im digitalen Zeitalter neu verhandelt werden müssen.



Mittlerweile leben mehr als die Hälfte aller weltweiten Internetnutzer im globalen Süden.

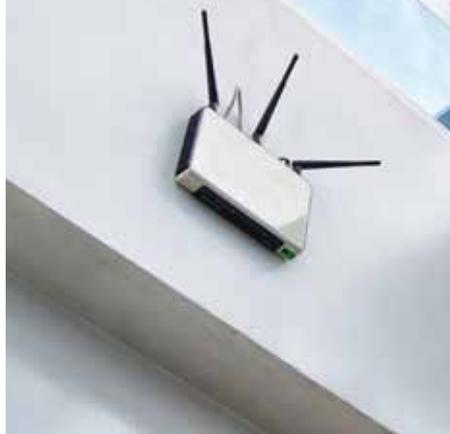
50%

der Likes von Hasskommentaren auf Facebook lassen sich auf nur

5%

der Accounts zurückführen.

Nur knapp **ein Viertel** aller deutschen Lehrer und Schüler haben an ihren Schulen Zugang zu WLAN.



Die *Internetfreiheit*, die zum Beispiel an der Zensur von Inhalten oder Überwachung gemessen wird, hat sich weltweit in 16 Ländern verbessert.

In 33 Ländern

hat sie sich verschlechtert.



Nach konservativen Schätzungen **verdoppelt** sich die global zur Verfügung stehende Datenmenge alle 20 Monate.

2019 nutzten **34%** der Deutschen soziale Medien als Nachrichtenquelle.

2013 waren es 18%.

Ersterer ist der niedrigste Wert in Europa.

69%

der Deutschen verfügen über grundlegende digitale Fähigkeiten (E-Mails, Websites aufrufen). Sie liegen damit über dem europäischen Durchschnitt von 59 Prozent.

Weltweit überwachen

770 Millionen Kameras

öffentliche Bereiche. Mehr als die Hälfte davon steht in China – bezogen auf die Einwohnerzahl weisen allerdings die USA die höchste Dichte auf.





Theo Müller

durchforstet als Wissenschaftler nicht nur das Netz nach historischen Unwahrheiten – mit der gebotenen Faktentreue treibt der 28-Jährige gerade seine Dissertation an der Universität Heidelberg und an der École des Hautes Études en Sciences Sociales in Paris voran.

Mit Fakten gegen den Unsinn

Der Historiker Theo Müller begegnet mit dem Projekt GeschichtsCheck.de Internetnutzern, die historische Fake News im Netz verbreiten.

E

s war auf dem Höhepunkt der sogenannten Flüchtlingskrise vor etwa vier Jahren. In den sozialen Medien registrierten wir eine neue Qualität an offenem Rassismus, Hassreden und Agitationen. Viele der Verfasser untermauerten ihre menschenverachtenden Argumentationen dabei mit vermeintlich historischen Zusammenhängen. Das gab ihnen einen gefährlichen Anstrich von Seriosität. So begründete ein User seine ablehnende Haltung gegenüber der Zuwanderung damit, dass Deutschland sein Wirtschaftswunder in den 50er-Jahren schließlich auch ohne Migranten verwirklicht habe. Das ist nur ein Beispiel für viel historischen Unsinn, der in dieser Zeit im Netz auftauchte und den wir als HistorikerInnen so nicht stehen lassen konnten. Aber was sollten wir tun?

„Wir“, das sind die Mitglieder des Vereins Open History, einem Netzwerk von Menschen, die an unterschiedlichen Orten an und mit

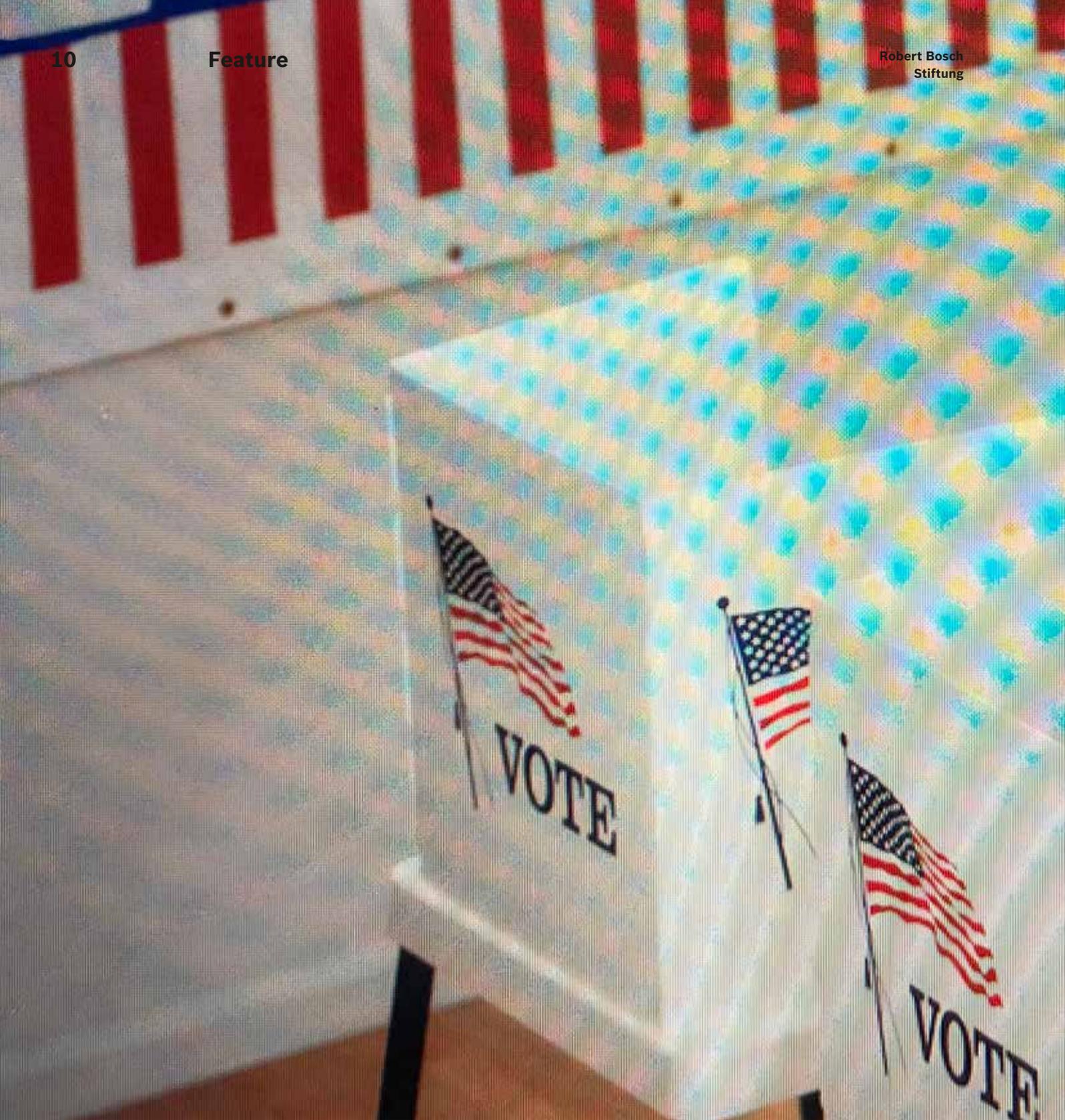
Geschichte arbeiten. Wir wollen zeigen, dass HistorikerInnen nicht nur in Archiven sitzen und Bücher schreiben, die niemand liest, sondern ganz im Gegenteil einen wichtigen Beitrag für ein besseres Diskussionsklima in unserer Gesellschaft leisten können. Mit einigem Eifer begannen wir auf allen Kanälen mit unserer Mission. Wir kommentierten, erklärten, rückten Dinge zurecht. Ich begann ein langes Streitgespräch auf Twitter mit eben jenem User, der die These vom zuwanderungsfreien Wirtschaftswunder vertrat, und stieß schnell an Grenzen. Sobald ich seine Argumentation widerlegt hatte, konfrontierte er mich mit neuen haarsträubenden Behauptungen. Am Ende gab ich mit der ernüchternden Erkenntnis auf, dass es aussichtslos ist, die Netztrolle selbst mit Argumenten zu überzeugen. Aber wenn die Fakten nicht zu den Verschwörungstheoretikern und Hetzern dringen, dann müssen wir eben das mitlesende Publikum zu den Fakten holen. Auf GeschichtsCheck.de stellen wir Faktenwissen für all jene zur Verfügung, die im Netz mit historischen Behauptungen konfrontiert werden und wissen wollen, was wirklich dran ist.

Die Website ist über Schlagworte bei Suchmaschinen leicht zu finden und gibt den NutzerInnen ein Werkzeug an die Hand, das sie befähigt, historische Tatsachen von Lügen zu unterscheiden. Wir durchleuchten regelmäßig das Netz um zu sehen, welche historischen Verdrehungen gerade verbreitet werden, und schreiben entsprechende Artikel, die dann auf GeschichtsCheck.de erscheinen. Häufig geht es da um ganz grundlegende Fragen; ob Deutschland ein souveräner Staat ist, warum die Europäische Union gegründet wurde oder was der Begriff „rassistisch“ eigentlich genau meint.

Manchmal wird es aber auch schwieriger. So verspüre ich gerade in der letzten Zeit eine deutliche Zunahme bei antisemitischen Inhalten. Wir versuchen, den oft aggressiven Verunglimpfungen mit Sachlichkeit zu begegnen, indem wir ihnen eine faktengesicherte Antwort entgegenstellen. Wir werden das Fake-News-Problem nämlich nur dann wirksam bekämpfen, wenn wir dafür sorgen, dass denjenigen, die Unwahrheiten im Netz verbreiten, der Nährboden entzogen wird – weil die breite Öffentlichkeit einfach zu schlau für sie ist.

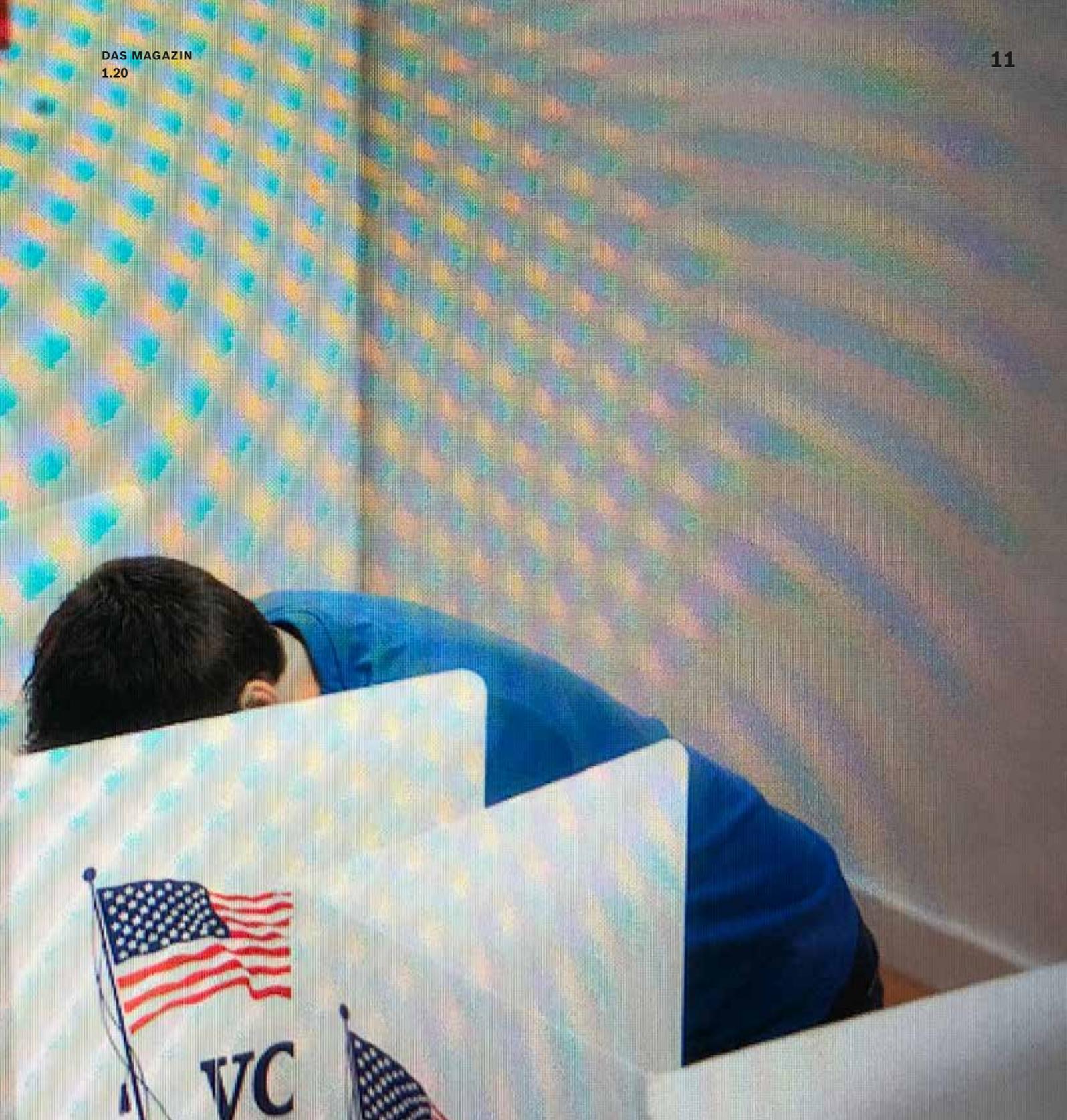
GeschichtsCheck.de und Das NETTZ

Gegen hasserfüllte Kommentare, Verunglimpfungen und die Verbreitung von Fake News wirkt das Team von GeschichtsCheck.de nicht nur online. Das Projekt beinhaltet auch analoge Workshops für Schulklassen, in denen Schüler und Schülerinnen lernen, sich kritischer mit Netzinhalten auseinanderzusetzen. Die Ende 2017 gegründete Initiative *Das NETTZ – Vernetzungsstelle gegen Hate Speech* unterstützt GeschichtsCheck.de und andere Projekte und Initiativen, die sich für mehr gegenseitigen Respekt, Menschlichkeit und eine positive Diskussionskultur im Netz engagieren. Förderer von *Das NETTZ* sind die Robert Bosch Stiftung und die Stiftung Mercator.



Die digitale Einflussmaschine

TEXT
Martin Petersen



Wahlkampf findet, besonders in den USA, immer stärker in den sozialen Medien statt, die dafür maßgeschneiderte Werkzeuge liefern. Ein Blick in den Werkzeugkasten der digitalen Wahlkampfindustrie – und auf die Auswirkungen ihrer Methoden auf die Demokratie.



die Frage: SHOULD WE DEPORT ILLEGALS?, am unteren wird der Betrachter aufgefordert: HAVE YOUR SAY.

So sieht die erste von über 1.000 fast identischen Anzeigen der Kampagne aus. Die nächste ist ein Hochformat. Die Toilettenhäuschen sind abgeschnitten. Bei der dritten ist der Text etwas anders: ANSWER NOW steht nun unten.

Etwa 30.000 verschiedene Anzeigen, die sich teilweise nur in winzigen Details unterscheiden, hat das Trump-Team im Rahmen diverser Kampagnen allein im April 2020 auf Facebook verbreitet. Die meisten von ihnen erreichen nur wenige Hundert Zielpersonen, doch jeder, der danach sucht, findet sie in Facebooks Werbebibliothek, mit der das Unternehmen seit 2018 alle politischen Werbeanzeigen transparent macht. Knapp 38 Millionen US-Dollar hat Donald J. Trumps Wahlkampfteam allein auf seiner Facebook-Seite in den vergangenen zwei Jahren für Wahlwerbung ausgegeben (Mai 2018 – Mai 2020). Das entspricht etwa der Summe, die ein Konzern wie Google in Deutschland pro Jahr für Onlinewerbung

ausgibt. Der Grund für diese Summe ist, dass wichtige Personen im Umfeld des US-Präsidenten überzeugt sind: Die Wahl 2016 wurde nicht zuletzt über die sozialen Medien gewonnen. Eine Einschätzung, die Facebooks Topmanager Andrew Bosworth offenbar teilt. „Er wurde gewählt, weil er die beste digitale Anzeigenkampagne geführt hat, die ich je von einem Werbetreibenden gesehen habe“, schrieb der Vertraute von Mark Zuckerberg in einem geleakten Memo an seine Mitarbeiter. Das Wahlkampfteam der Gegenkandidatin Hillary Clinton von den Demokraten hat, schenkt man Bosworth Glauben, sein Budget für digitale Anzeigen weit weniger effektiv eingesetzt. Mit Blick auf die Wahl 2020 macht die Trump-Kampagne ungebremst dort weiter, wo sie vier Jahre zuvor Fahrt aufgenommen hat. Ihre unzähligen, fast deckungsgleichen Anzeigen mit der roten Mauer belegen den massiven Einsatz eines Werkzeugs, das erneut den Unterschied machen kann: Microtargeting.

Gary Wright ist Experte für digitale Werbekampagnen. Mit einem kleinen Team der in Berlin ansässigen Nichtregierungsorganisation Tactical

N

ur Details unterscheiden die Anzeigen, die Donald J. Trump an einem Tag im April massenweise auf Facebook schaltet. Sie alle bestehen aus einem Bild mit darübergelegtem Text. Ein rot eingefärbtes Stück Mauer, wie es an der US-amerikanisch-mexikanischen Grenze stehen könnte, ist der Hingucker in der Bildmitte. Im Hintergrund eine Baustelle mit einer Reihe blauer Mobiltoiletten. Am oberen Bildrand thront in Fettschrift

Technology Collective erforscht er, welche politischen Akteure welche Arten von Daten verwenden und wie ihre verschiedenen Methoden funktionieren. Wrights Team hat ermittelt, dass inzwischen nicht weniger als 300 Unternehmen am digitalen Wahlkampf in den USA beteiligt sind. Diese Firmen sind spezialisiert auf das Sammeln und Auswerten der Spuren und Informationen, die jeder von uns im Internet hinterlässt, auf das Erstellen von Profilen und das Entwickeln und Umsetzen von Strategien, diesen Schatz an Daten in Wählerstimmen zu verwandeln. „Die gesamte Branche versucht, die Zauberformel zu finden, wie man die politische Präferenz eines Wählers ändern kann“, sagt Wright – doch so direkt funktioniert der digitale Wahlkampf nur in Ausnahmefällen. „Die überzeugten Anhänger einer anderen Partei werden zunächst gar nicht ins Visier genommen, weil es sich hierbei nicht um eine effiziente Verwendung von Geld handelt“, erklärt er. Stattdessen setzen die Profis der Trump-Kampagne – zumindest momentan – auf andere Strategien.

WÄHLER IDENTIFIZIEREN UND MOBILISIEREN

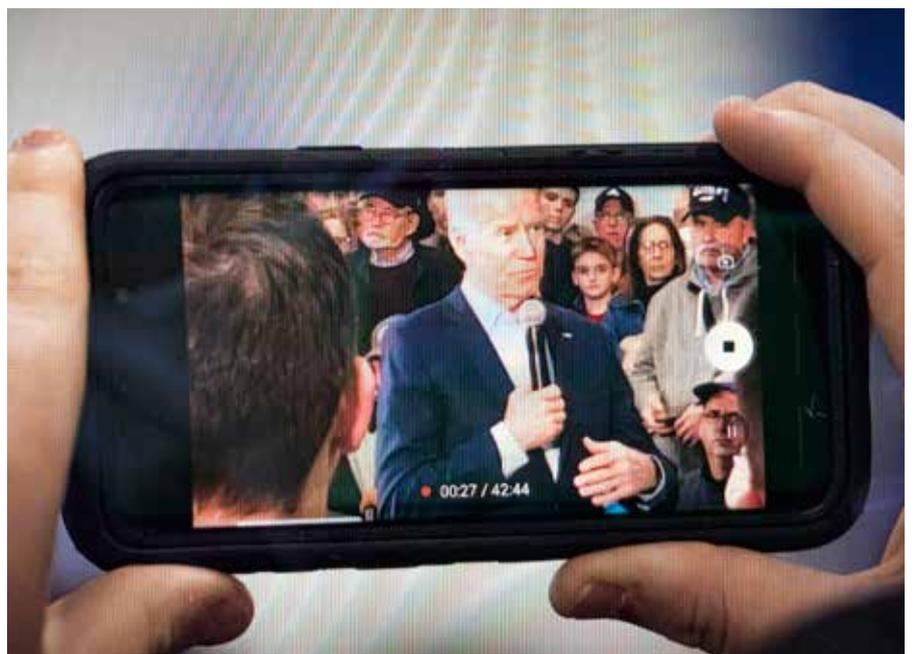
„Die politische digitale Kampagnenarbeit ist aus dem digitalen Marketing hervorgegangen“, sagt Wright. „Hier gilt das Prinzip: Je besser man seinen Wähler kennt und versteht, desto besser kann man Botschaften erstellen, die Reaktionen oder Aktionen der Wähler hervorrufen.“ Im Vordergrund stehe dabei, die eigenen Anhänger zu identifizieren und zu mobilisieren. „Das kann ein Aufruf zum Handeln sein, wie etwa zur Wahl zu gehen, Geld zu spenden oder sich als freiwillige Helfer zu melden.“

Wie das am besten gelingt, zeigt das Beispiel mit dem roten Mauerstück. „Jede Werbung auf Facebook ist an sich schon ein Mechanismus zur Datenerfassung“, sagt der Social-Media-Experte. Während die Anzeige automatisiert

„Die Branche will die Zauberformel finden, wie man die politische Präferenz eines Wählers ändern kann.“

in Tausenden Varianten ausgespielt wird, analysiert ein Algorithmus, welcher Text, welche Farbe, welcher Bildausschnitt für welchen Nutzer am attraktivsten ist. Das trägt dazu bei, dass die Anzeige bei immer mehr Zielpersonen zum erwünschten Ergebnis führt – bei der Kampagne mit der roten Mauer ist es die Teilnahme an einer Umfrage, die auch die E-Mail-Adresse abfragt. Oft wird auch die Telefonnummer übermittelt. „Gesteuert von erfahrenen Kampagnenmanagern ist dies ein mächtiges Tool“, sagt Wright. „Sobald Sie die Kontaktdaten erfasst haben, können Sie weitergehen und mit automatisierten Telefonanrufen und direktem SMS-Kontakt beginnen.“

Das Kontaktdatensammeln lohnt sich doppelt, denn hat man eine E-Mail-Adresse auf diesem Weg, auf Wahlveranstaltungen, bei Unterschriftenaktionen, über Newsletter oder kostenlose Angebote erhalten, lässt sich die Mobilisierung mithilfe von Facebook und Google potenzieren. „Wenn man eine Kontaktdatenbank hochlädt“, erklärt Wright, „schaut Facebook, ob es zu den Einträgen ein Profil kennt – was in der Regel der Fall ist – und sucht dann mit künstlicher Intelligenz nach ähnlichen Profilen, basierend auf Eigenschaften,



die für das Auge nicht sichtbar sind.“ Aus einer Zielgruppe mit 30.000 Kontakten werden so auf einen Klick 60.000. „Lookalike Audiences“ heißt das Werkzeug auf Facebook, auf Deutsch etwa: optische Zwillinge. Google hat ein vergleichbares Tool, „Similar Audiences“, das ebenso funktioniert.

DARK ADS, DIE FALSCH INFORMIEREN

Wirkliche Kraft entwickelt das digitale Wahlkampfmarketing dann, wenn es um Mehrheitsentscheidungen nach dem Prinzip „The winner takes it all“ geht, denn hier ist jede einzelne Stimme besonders wertvoll. Das lässt sich im US-Wahlkampf beobachten, aber auch beim Brexit-Referendum 2016. Die Vote-Leave-Kampagne, die sich für den Austritt aus der EU stark machte und deren Führungspersonen heute mehrere Schlüsselrollen in der Regierung des Vereinigten Königreichs besetzen, hat über 98 Prozent ihres Budgets für digitale Werbung ausgegeben, wie Kampagnenmanager Dominic Cummings in einem Beitrag für den Spectator offenlegte. Mit dem Geld von Vote Leave und anderen Pro-Brexit-Kampagnen wurden auch Dark Ads geschaltet, also Anzeigen, die über Microtargeting extrem kleinen Zielgruppen angezeigt und zunächst nicht öffentlich wurden. Das Recherchezentrum Correctiv hat die Anzeigen analysiert, die Facebook nach langem Tauziehen mit dem britischen Unterhaus 2018 offenlegte. Sie zeigen, wie die politische Forderung nach einem Ausstieg aus der EU an verschiedene Zielgruppen angepasst wurde und auch, dass darin Falschmeldungen verbreitet wurden wie etwa ein bevorstehender EU-Beitritt der Türkei. Die Wirkungen dieser einzelnen Maßnahmen lassen sich nicht nachverfolgen, doch der Erfolg der gesamten Kampagne ist bekannt.

Jeanette Hofmann ist Professorin für Internetpolitik an der Freien Universität Berlin, unter anderem dort und am Wissenschaftszentrum Berlin



für Sozialforschung untersucht sie das Spannungsfeld zwischen Demokratie und Digitalisierung und hat sich intensiv mit Microtargeting beschäftigt. „Wahlkämpfe sind eigentlich darauf angelegt, dass man bestimmten Versprechungen oder Aussagen auch widersprechen können muss“, sagt sie. „Aber wenn eine kritische Begleitung von politischer Werbung nicht mehr möglich ist, weil sie gar nicht die Öffentlichkeit erblickt, dann haben wir ein Problem. Das ist schädlich, das beeinträchtigt den demokratischen Diskurs – gerade in Zeiten, wo es auf diesen ankommt, weil er unsere Wahlentscheidung vorbereitet.“

ALGORITHMEN, DIE POLARISIEREN

Bei Wahlen nach dem Verhältniswahlrecht, wie sie in der EU die Regel sind, spielen die Tricks des digitalen Marketings eine deutlich geringere Rolle. Zwar fließt auch in Europa mittlerweile viel Geld in digitale Wahlwerbung. Zur Europawahl zwischen März und Mai 2019 wurden EU-weit 17 Millionen Euro für zielgerichtete politische Werbung ausgegeben, 2,4 Millionen davon in Deutschland. Doch massive Mobilisierungskampagnen wie im US-Präsidentenwahlkampf lassen sich bisher nicht beobachten. Dark Ads mit gezielten Falschinformationen, wie zum Brexit-Referendum, sollen durch Facebooks öffentliche Werbebibliothek und andere Maßnahmen der Vergangenheit angehören. „In unserem Wahlsystem“, sagt Hofmann, „ist davon auszugehen, dass der Einfluss durch Microtargeting nicht so groß ist.“

Was Politologen in Europa an der Wähleransprache über soziale Medien stattdessen nachdenklich stimmt, ist die Wirkung von Algorithmen auf die Meinungsbildung. „Jeder in der Forschung weiß“, sagt Hofmann, „dass zum Beispiel bei YouTube Empfehlungsalgorithmen dazu führen, dass jemand, der rechtsradikale Inhalte anguckt, noch

rechtsradikalere Inhalte angeboten bekommt, um ihn an das Medium zu binden. Das ist für die Entwicklung der Demokratie absolut schädlich.“ Aus demokratietheoretischer Sicht gehe es immer darum, so die Politologin, eine anspruchsvolle Öffentlichkeit zu schaffen, die sich ihre Meinung bildet und dann wiederum auch einen Einfluss auf das politische Entscheiden hat. „Das würde idealerweise bedeuten, dass nicht polarisiert, sondern informiert abgewogen wird.“

Dass auch in den Social-Media-Konzernen die gesellschaftlichen und politischen Auswirkungen ihres Angebots zunehmend ein Thema sind, belegen inoffizielle und offizielle Verlautbarungen. Facebooks CEO Mark Zuckerberg wünschte sich etwa im Februar 2020 in einem Gastbeitrag für die Financial Times mehr Regulierung durch die Politik, auch wenn das „kurzfristigen Schaden für die Geschäftstätigkeit“ des Unternehmens bedeutete. Zugleich verteidigt die Facebook-Unternehmensführung die Grundlagen ihres Geschäftsmodells, zielgerichtete Werbung und die dazugehörigen Instrumente – inklusive der Algorithmen, die den Newsfeed speisen. Das Verbreiten von Falschmeldungen ordnen Zuckerberg und seine Co-Geschäftsführerin Sheryl Sandberg als Beitrag zur freien gesellschaftlichen Debatte ein.

Für Jeanette Hofmann ist angesichts der ideologischen Differenzen zwischen Europa und den US-amerikanischen Plattformanbietern wie Facebook und Google bei Themen wie polarisierenden Algorithmen und Datenschutz die Frage, warum die Europäer das Feld der sozialen Medien nicht selbst bestellen. „Ich würde mir wünschen, dass wir auf europäischer Ebene Geld in die Hand nehmen und alternative Angebote schaffen“, sagt die Forscherin, „und zwar Angebote, die nicht Top-down die Bürger beglücken, sondern die unter Einbezug der NutzerInnen wachsen.“

In jedem Fall, plädiert Hofmann, sollten die bestehenden

„Aus Sicht der Demokratietheorie geht es darum, eine anspruchsvolle Öffentlichkeit zu schaffen.“

Unten

Mit Anzeigen wie dieser hat die britische Vote-Leave-Kampagne gezielt Falschinformationen an vermutlich dafür empfängliche Wähler gesendet.

sozialen Netzwerke in den Dialog mit Politik und Gesellschaft treten. Der Ort dafür könnte eine noch zu gründende Agentur sein, in der Plattformbetreiber, Nutzerinnen und Nutzer sowie die Politik offen diskutieren und Lösungsansätze ausarbeiten, um die sozialen Medien und ihre Prinzipien im Sinne der demokratischen Gesellschaft zu verbessern.

Im laufenden US-Wahlkampf wird währenddessen in den sozialen Medien weiter massiv aufgerüstet. Schon jetzt ist klar, dass die kommende Wahl noch einmal viel stärker durch digitale Werbung beeinflusst wird als alle Wahlen zuvor. „Aufgrund der Coronakrise gibt es jetzt einen gewaltigen Schub in Richtung digitale Medien“, stellt Gary Wright fest. Daneben, sagt er, sei auch eine zunehmende Bereitschaft aller Seiten zu beobachten, bei dieser Wahl so weit wie möglich zu gehen, alle Register zu ziehen, um die richtigen Leute dazu zu bringen, aktiv zu werden, zu spenden und wählen zu gehen.

In der Facebook-Werbekampagne lässt sich ablesen, dass zumindest die Trump-Kampagne bereits in diesem Modus angekommen ist und die Klaviatur der digitalen Wähleransprache nach Kräften nutzt.





Der Post

Am 10.05.2018 postete der AStA der Uni Köln auf Facebook über Bauarbeiter in Kleidung der rechten Szene.

Der Shitstorm

Der Post löste einen Shitstorm aus Hass, abwertenden und relativierenden Kommentaren aus. Diese negativen Kommentare wurden 6.052 Mal gelikt.

52%

Likes von normal
aktiven Profilen

Laute Minderheit

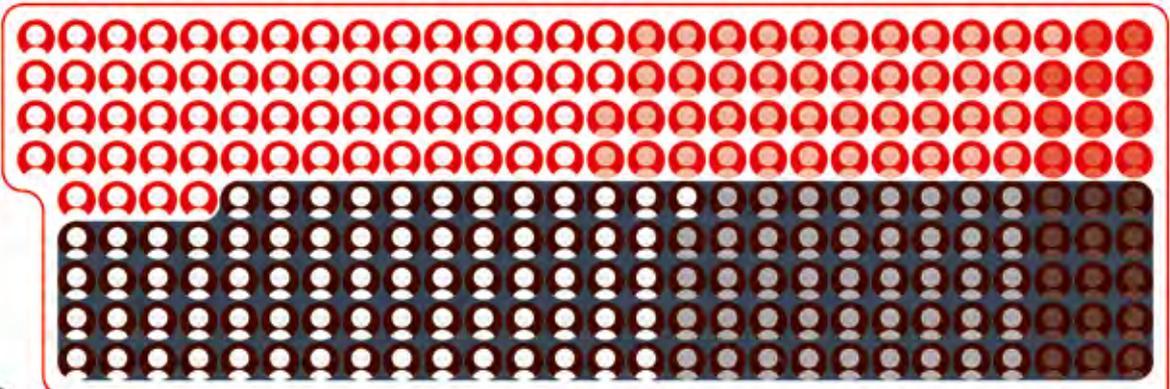
Philip Kreißel von der Aktivistengruppe #ichbinhier hat 18 Facebook-Shitstorms analysiert und festgestellt: Eine kleine Gruppe, die negative Kommentare postet und Likes dafür vergibt, ist darin geradezu hyperaktiv. Wir zeigen an einem Beispiel-Shitstorm, der von über 220.000 Menschen gesehen wurde, wie viel Lärm diese Minderheit verursacht.



= 250
Likes



= 250
Profile



48%
Likes von hochaktiven Profilen

Die beteiligten Profile

Fast die Hälfte der Likes für negative Kommentare kamen von einer kleinen Gruppe hochaktiver Profile.

256
Hochaktive Profile*

13%
Hochaktive Profile*

87%
Normal aktive Profile

Abgebildet sind alle Akteure, die im Thread aktiv waren und nicht Kreißels Gruppe #ichbinhier angehörten, die, als der Shitstorm bereits lief, ebenfalls in die Diskussion einstiegen. #ichbinhier bemüht sich bei Hasskonzentration im Netz um Gegenrede.

* Hochaktive Profile sind solche, die mindestens doppelt so viel gelikt haben wie der Durchschnitt.



Licht und Schatten der Digitalisierung

Die beiden Personen, die wir hier in einem Raum zeigen, waren tatsächlich an verschiedenen Orten. Die Debatte wurde per Videokonferenz geführt.



GESPRÄCH
Martin Petersen

ILLUSTRATIONEN
Studio Pong

Ein Gespräch mit dem deutschen Nachrichtendienstexperten Thorsten Wetzling und dem in Hongkong tätigen US-Journalisten David Bandurski zu den Vorteilen und Gefahren der Digitalisierung für die Zivilgesellschaft.

„Es gibt viele Tools, die von staatlichen und privaten Akteuren für verschiedenste Zwecke genutzt werden können – für gute und verwerfliche.“

Thorsten Wetzling

Weltweit macht die digitale Entwicklung rasante Fortschritte. Wo liegt der größte Nutzen für die Zivilgesellschaft?

Wetzling: Zivilgesellschaftlichen Organisationen, der Wissenschaft und anderen Akteuren bieten sich gute Möglichkeiten, sich schneller zusammenzutun und gemeinsam an Aufgaben zu arbeiten. Das gilt zum Beispiel für unser eigenes Projekt, bei dem verschiedene digitale Tools zur besseren Koordinierung der Arbeit mit unseren Forschungspartnern in Paris und London zum Einsatz kommen. Zudem höre ich, dass zivilgesellschaftliche Gruppen sich auch in virtuellen Foren treffen, um strategische Prozesse zu führen, zum Beispiel gegen Sicherheitsgesetze. Wenn die Befürchtung besteht, ein Staat sei bei der Beschneidung der Bürgerrechte zu weit gegangen, lassen sich mit digitalen Tools effektiver nationale Vergleiche anstellen oder Experten aus dem Ausland konsultieren. Wir können auch gemeinsame Datenbanken für Journalisten und zivilgesellschaftliche Organisationen schaffen, in denen Studien und andere Quellen leichter zu finden sind.

Herr Bandurski, welche Vorteile bringt die Digitalisierung für Initiativen und Bewegungen in aller Welt?

Bandurski: Im Rahmen unseres China Media Projects arbeiten wir mit Journalisten, Intellektuellen und Akademikern in China zusammen. Allerdings haben wir es stets – mittlerweile schon seit mehr als 20 Jahren –

mit einer Staatsführung zu tun, die nicht nur Informationen kontrollieren will, sondern auch die Zivilgesellschaft einschränkt. An sozialen Medien gibt es in China Weibo und WeChat. Beide sind höchst effektive Tools, sowohl zur Überwachung als auch zur Interaktion. Deshalb sind sie so außerordentlich problematisch. Wenn wir aber schauen wollen, wie Chinesen durch den Einsatz von Interaktionstechnologie in gewisser Weise vorankommen, ist die feministische Bewegung ein gutes Beispiel. Hier wird im Prinzip interessenbasiert genetzt, aber ohne dass sich eine NGO gründet oder sich das Netzwerk auf andere Weise verstetigt, denn die Kommunistische Partei Chinas lässt nicht zu, dass dauerhafte, echte Netzwerke entstehen.

Wie kann die Zivilgesellschaft die Möglichkeiten der Digitalisierung künftig noch besser nutzen?

Wetzling: Mit dem Blog aboutintel.eu versuchen wir zum Beispiel gerade, die Online-Debatte zum Thema Überwachung unter verschiedenen Interessengruppen zu fördern. Das Thema ist keineswegs auf Asien beschränkt, denn auch in Europa gilt es zu bedenken, dass viele Tools von staatlichen und privaten Akteuren für verschiedenste Zwecke genutzt werden können – sowohl für gute als auch für verwerfliche. Allmählich stellen wir fest, dass die Dialogbereitschaft der Regierungen zunimmt, weil es inzwischen mehr koordinierte

Widerstände und Anfechtungen seitens der Zivilgesellschaft gibt. Meiner Ansicht nach hat die Digitalisierung daran einen Anteil.

Welche anderen digitalen Tools haben sich für die Zivilgesellschaft als nützlich erwiesen?

Bandurski: Wenn ich kurz nach Hongkong wechseln darf: Hier sehen wir, wie clever die bestehenden technischen Mittel oft eingesetzt werden. So suchte die Polizei beispielsweise nach Leuten, die auf Telegram sichere, verschlüsselte Nachrichten schrieben – eine solche Telegram-Gruppe kann beispielsweise 20.000 Menschen umfassen, aber man braucht ein sichtbares Admin-Konto. Also wurde ein Bot geschaffen, der den Host dieses Telegram-Netzwerks quasi anonym macht. Selbst Apps wie Tinder, die wir eigentlich nicht als Tools für die Zivilgesellschaft betrachten, oder? –

– Tinder ist eine Dating-Plattform –

Bandurski: – In Hongkong wurde diese Plattform genutzt, um beispielsweise Termine für Demonstrationen zu veröffentlichen. Es gibt also diese Art heimlichen Einsatzes von Technologien, die im Westen weit verbreitet sind. Ein weiteres gutes Beispiel ist die Verwendung von grünen Laserpointern. Damit lässt sich die Gesichtserkennung überlisten. Die Protestierenden richten die Laserpointer auf die Kameras und machen sie so weitgehend wirkungslos. Hier in Hongkong herrscht ein ständiges Katz-und-Maus-Spiel, bei dem technische Mittel sowohl zur Überwachung eingesetzt, aber auch von Aktivisten für ihre Zwecke genutzt werden. Hongkong ist für mich ein guter Lackmустest für das, was uns in anderen Kontexten erwarten könnte. Wir beobachten die Verwandlung von Hongkong und die Erosion seiner Freiheiten, der wahren Grundlage der Zivilgesellschaft, die auf Rechtsstaatlichkeit, Schutz und Bürgerfreiheiten beruhen muss. Deshalb spielt die Technologie hier jetzt vielleicht eine größere Rolle als früher.

Sehr interessante Beispiele. Herr Wetzling, was sind Ihrer Ansicht nach die größten Gefahren der Digitalisierung für die Zivilgesellschaft?

Wetzling: Wir erleben eine rasche Entwicklung der Überwachungstechnologie. Vor Snowden ahnte man, dass viele Daten erfasst werden, aber mit der biometrischen Überwachung, Stimmen- und Gesichtserkennung gibt es jetzt eine Vielzahl neuer technologischer Möglichkeiten und zahlreiche Gefahren für die etablierten Rechte und demokratischen Grundsätze wie etwa eine effektive, unabhängige Aufsicht und Transparenz. Bei der Entwicklung und Konzeption von Technologien werden rechtsstaatliche Verfahren und Grundrechte nicht immer angemessen berücksichtigt. Vielmehr heißt es oft: Hey, hier gibt es neue Daten – die sollten wir nutzen.

Droht uns eine weltweite Zunahme von staatlicher Überwachung und Kontrolle?

Wetzling: Wohin man auch schaut, aktuell sieht man in allen Ecken der Welt Gefahren für die demokratische Praxis. Ich möchte nur einige herausstellen: In Israel beispielsweise erfolgt eine Videoüberwachung der gesamten Bevölkerung. In Ungarn oder anderen Ländern wurde als Reaktion auf die Coronakrise der Notstand ausgerufen, und die Macht, die sich die Regierungen damit gesichert haben, geben sie vielleicht nicht ohne Weiteres wieder her. Man darf nicht vergessen, wie lange es in manchen Ländern gedauert hat, bis Grundrechte und Freiheiten gesichert waren, und wie rasch diese wieder verschwinden können.

Was sollten wir tun?

Wetzling: Wir brauchen eine starke Zivilgesellschaft, wir brauchen Abgeordnete, denen Fachwissen zur Verfügung steht, damit sie für gesetzliche Sicherungsmaßnahmen sorgen können, bevor sie neue Gesetzesentwürfe annehmen. Eine große Gefahr besteht in einer Weiterent-



Dr. Thorsten Wetzling leitet die Forschung im Bereich Überwachung, Grundrechte und Demokratie der Stiftung Neue Verantwortung in Berlin. Er ist Chefredakteur von aboutintel.eu und Gründer des European Intelligence Oversight Network (EION). Außerdem ist er Principal Investigator im gemeinschaftlichen Forschungsprojekt GUARDINT, das sich mit der Kluft zwischen transnationalen Überwachungspraktiken und nationalen Rechenschaftsmechanismen befasst.

wicklung der Technologie, die nicht Hand in Hand mit Schutzmaßnahmen geht. Zudem brauchen wir strategische Prozessführung, wir brauchen Menschen, die an die Bürgerrechte denken und hinterfragen, ob ein Gesetz wirklich das tut, was es soll. Wir brauchen präzisere Gesetze, die durch Sanktionen geschützt sind, für den Fall, dass die Regierung ihre Befugnisse überschreitet. Und das lässt sich nur erreichen, wenn die Berichtspflichten strenger durchgesetzt werden. Berichte seitens der Regierung und der Sicherheitsdienste sind wichtig, aber auch Berichte von Aufsichtsgremien über die Instrumente, die sie einsetzen, um die Exekutive zur Rechenschaft zu ziehen.

Die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten gelten als strenge Verfechter des Datenschutzes.

Werden sie diesem Ruf gerecht?

Wetzling: Auch in Europa gibt es eindeutig große Risiken. Bei uns gibt es zwar eine Datenschutzrichtlinie, und wir haben Datenschutzmaßnahmen in unseren Gesetzen in größerem Umfang festgeschrieben als andere Länder, doch das heißt noch lange nicht, dass dies in der Praxis umgesetzt wird oder dass die europäischen Regierungen nicht versucht sind, beispielsweise die Verbreitung verschlüsselter Kommunikation einzuschränken.

Wie weit gehen die EU-Staaten, um aktiv Daten ihrer Bürgerinnen und Bürger zu sammeln?

Wetzling: Ich will nicht behaupten, dass jeder Verstoß gegen unsere Rechte mit finsternen Absichten erfolgt, aber natürlich haben zahlreiche Akteure – sowohl auf Unternehmens- als auch auf Regierungsseite – nachweislich Interesse daran, so viele Daten der Bevölkerung zu erfassen, wie es legal möglich ist. Allerdings möchte ich auch sagen, dass oft die Prämisse gesetzt wird, dass Europa sich selbst keinen Gefallen tut, wenn es so viel in den Datenschutz investiert, weil dieser viele Dinge erschwert. Diese Prämisse halte ich für falsch, da Datenschutz und Effizienz keine Gegensätze sind. Es sind viele interessante Fortschritte möglich, und wir haben bei der Entwicklung einiger Apps gesehen, dass es einen ganzen Markt für von Grund auf eingebauten Datenschutz gibt und für die Nutzung von digitaler Technologie unter Bedingungen, bei denen die Nutzer eigene Entscheidungen treffen und Mitsprache haben.

Können Sie uns ein positives Beispiel nennen, bei dem Datenschutz und Effizienz zusammenkommen?

Wetzling: In Deutschland gab es zum Beispiel eine heiße Debatte über die Entwicklung der Tracking-App für



David Bandurski ist Forscher und Lehrbeauftragter am Journalism and Media Studies Centre (JMSSC) der Universität Hongkong und ehemaliger Richard von Weizsäcker Fellow der Robert Bosch Academy in Berlin. Seit über zwölf Jahren leitet er das unabhängige China Media Project, eine weltweit führende Institution zur Medienlandschaft Chinas.

Coronapatienten. Interessanterweise hat die Regierung irgendwann angehalten und verkündet, sie habe ihre Ansicht geändert. Obwohl man bereits in die Entwicklung einer App investiert hatte, die auf einen zentralen Server setzte, wurde die Arbeit daran eingestellt. Jetzt konzentriert man sich auf eine Lösung mit lokal gespeicherten Daten, die dem Datenschutz hoffentlich angemessen Rechnung tragen wird. Zumindest gab es Gesprächsbereitschaft, einen gemeinsamen Lernprozess und ein offenes Ohr für verschiedene Argumente, und wenn das so läuft, sind wir alle hinterher stärker.

Herr Bandurski, Herr Wetzling hat bereits erwähnt, dass alle Staaten Interesse an der Erfassung von Daten ihrer Bürger haben. Könnte

man noch einen Schritt weiter gehen und argumentieren, die Datenanalyse sei für eine Gesellschaft generell von Vorteil?

Bandurski: Das behaupten die chinesischen Behörden jede Sekunde eines jeden Tages. Ich würde sagen, Chinas größtes technisches Projekt ist die Kontrolle der Information und der öffentlichen Meinung – und das verkauft man der Öffentlichkeit als Vorteil für die Gesellschaft. China hat noch zwei andere große Projekte: Das eine heißt Sharp Eyes, im Chinesischen wird es als Projekt Dazzling Snow bezeichnet. Dabei handelt es sich um ein Projekt für den ländlichen Raum mit dem Ziel, etwa 200 Millionen Kameras zu installieren. Für den städtischen Raum gibt es noch ein weiteres Projekt namens Skynet. Man hat die Absicht, die Überwachungskameras mit Gesichtserkennungstechnologie zu verknüpfen – in manchen Städten wie Shenzhen ist das bereits geschehen – und so eine landesweite Datenbank zu schaffen.

Gibt es eine Erklärung für diese Maßnahmen?

Bandurski: Der Grund liegt darin, dass die Polizeibehörden wissen wollen, was an jedem Ort und zu jeder Zeit geschieht. Und eine Sache, die sie realisiert haben, um, wie sie sagen, effektiv auf Covid-19 zu reagieren, war die polizeiliche Überwachung von Covid-19-Patienten mithilfe eines Rastersystems, das bereits für allgemeine soziale Überwachungsmaßnahmen, Sicherheitszwecke und zur Stabilisierung des Regimes landesweit eingeführt worden war. Für dieses Überwachungssystem wird das Land im Prinzip in übersichtliche Raster aufgeteilt, die vor Ort von Menschen kontrolliert werden. Neben den Gesichtserkennungskameras installieren die Behörden auch Scanvorrichtungen für Mobiltelefone. Insgesamt handelt es sich also um eine Kombination aus dem Einsatz von Digitaltechnik und dem bestehenden menschlichen Überwachungs- und Rastersystem.

Wie wird der Einsatz all dieser Technologien in der Bevölkerung aufgenommen?

Bandurski: Wir müssen uns vor Augen führen, dass China einen gewaltigen Sprung gemacht und sich direkt in eine mobilfunkgesteuerte Ära katapultiert hat. Verbrauchercredite, Einkäufe mit dem Handy, all diese Dinge sind hier auch im Jahr 2020 immer noch neu und aufregend. Und die Chinesen weisen zu Recht darauf hin, dass ihr Leben in gewisser Hinsicht besser ist. Sie können sich äußern, und das meine ich im grundlegendsten Sinne, sie können eigene Inhalte erstellen, und sei es in TikTok-Videos oder in Chats, in denen sie berichten, was sie sich tagsüber gekauft haben. Alle haben das Gefühl, weitaus mehr Möglichkeiten zu haben als jemals zuvor, und daraus entsteht der sehr, sehr starke Impuls, Technik als unter dem Strich positiv zu

bewerten und die Nachteile nicht zu beachten. Wir in unseren offenen Gesellschaften sehen vermutlich eher die dunkle Seite, die Möglichkeiten des Missbrauchs. Aber da es keine Diskussion gibt und die Mechanismen fehlen, von denen Thorsten gesprochen hat, sehen die Menschen diese Gefahren häufig nicht. Sie kennen sich damit nicht aus. Das soll nicht heißen, dass wir in Deutschland oder in Europa oder in den USA sehr viel besser Bescheid wüssten, aber zumindest gibt eine Diskussion darüber. Um auf das zurückzukommen, was Thorsten gesagt hat: Vieles davon fand ich sehr ermutigend. Wir in unseren Gesellschaften sollten unbedingt zeigen, wie wir mit diesen Technologien bessere und effektivere demokratische Systeme schaffen können.

Was kann die Zivilgesellschaft Ihrer Ansicht nach tun, um den dunklen Seiten der Digitalisierung entgegenzuwirken?

Wetzling: Man kann viel tun, wenn man sich die unterschiedlichen Bereiche der Politik anschaut und sich zum Beispiel fragt, was man aus der Buchprüfung in der Bankbranche lernen kann. Im Bereich Polizei und Nachrichtendienste gibt es in verschiedenen Gesellschaften ähnliche Herausforderungen, man muss also das Rad nicht immer neu erfinden. Manchmal gibt es für ein Problem andere Lösungen, die weniger in die Grundrechte eingreifen, und diese müssen gefunden werden. Doch es gibt so viel Juristensprache, so viele technische Dokumente, dass nur wenige Leute das alles richtig entschlüsseln können. Hier hat die Zivilgesellschaft meiner Ansicht nach die Aufgabe, komplizierte politische Fragen aufzuschlüsseln und in einer Sprache zu veröffentlichen, die jeder versteht, sodass die Bürger sich direkter an offenen Gesprächen über den besten Weg in die Zukunft beteiligen können.

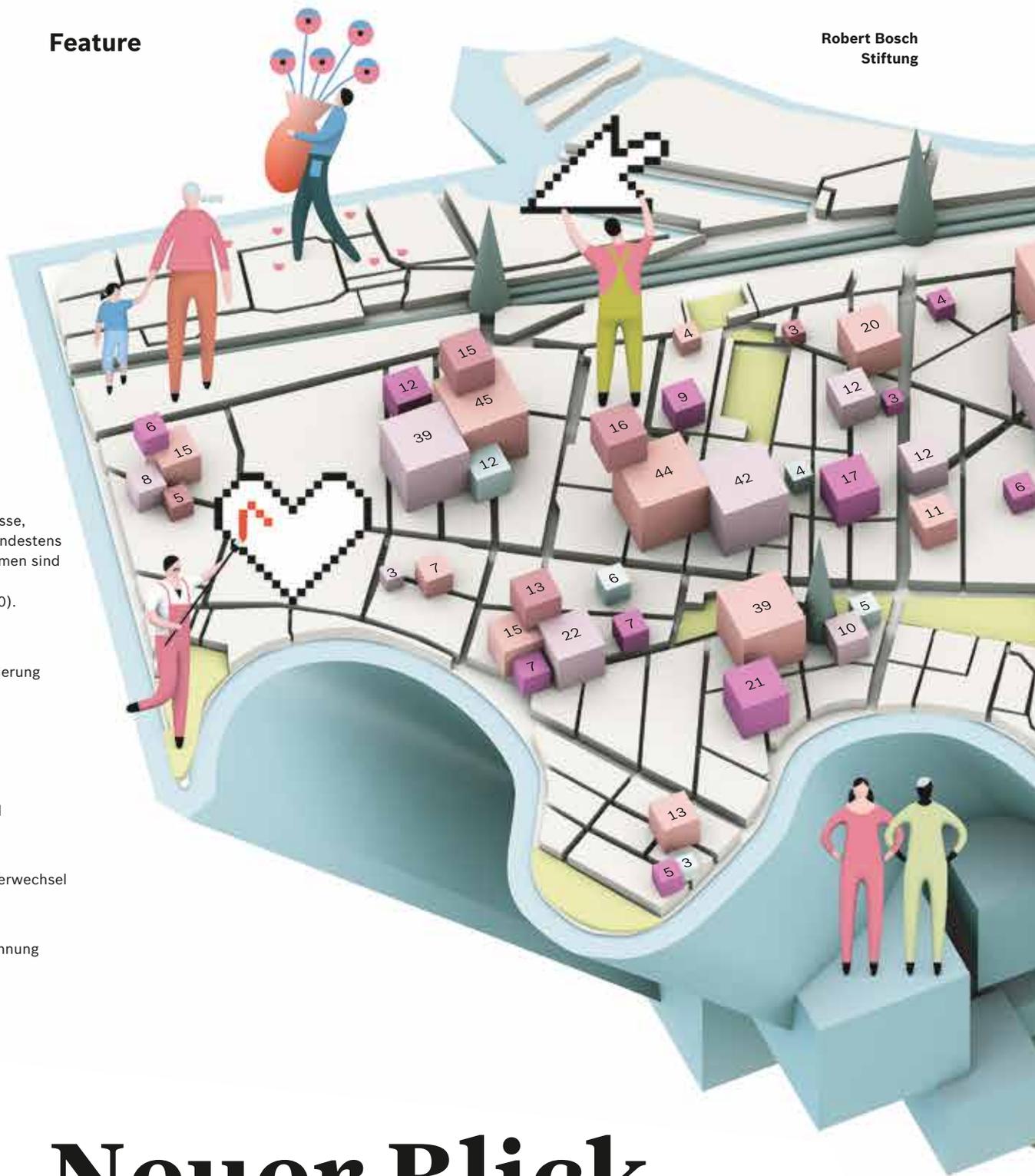
Herr Bandurski, Herr Wetzling, vielen Dank.

„In Hongkong wurde Tinder genutzt, um Termine für Demonstrationen zu verbreiten.“

David Bandurski

Legende

Anzahl der Ereignisse, die an dem Ort mindestens dreimal vorgekommen sind seit Januar 2010 (Stand 6. Mai 2020).

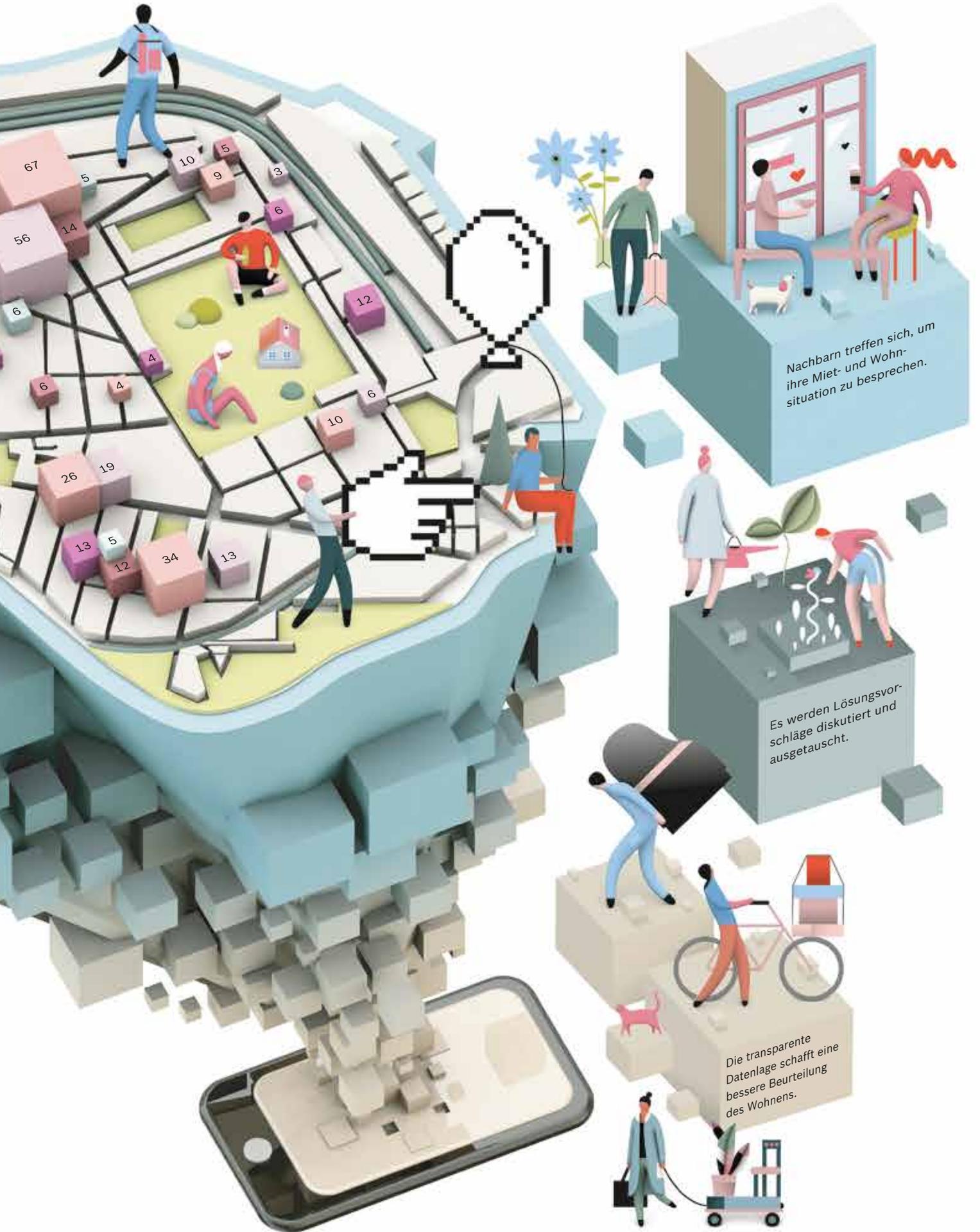


Neuer Blick auf die Stadt

TEXT
Nicole Zepter

ILLUSTRATION
Doreen
Borsutzki

Warum Bürgerinitiativen auf digitale Karten setzen – ein Beispiel für Critical Mapping aus Berlin.



Nachbarn treffen sich, um ihre Miet- und Wohnsituation zu besprechen.

Es werden Lösungsvorschläge diskutiert und ausgetauscht.

Die transparente Datenlage schafft eine bessere Beurteilung des Wohnens.

D

Die meisten Mieter wissen nicht, wer ihr Hausbesitzer ist“, sagt Susanne Torka. Die 67-Jährige sitzt im B-Laden, einem Büro für Nachbarschaftshilfe in der Lehrter Straße in Berlin. Sie ist Mitbegründerin der Initiative „Wem gehört Moabit?“, die das Ziel hat, so viel Transparenz wie möglich über die Wohnsituation im Viertel zu schaffen. Der Bauboom der letzten 20 Jahre hat das Stadtbild in Moabit verändert, es wurden Häuser modernisiert und verkauft, was Mieter und Inhaber von alteingesessenen Läden verunsichert. Der Nachbarschaftsladen von Susanne Torka ist deshalb Anlaufzentrum für Mieter, ob Zugezogene oder Alteingesessene. Die Initiative basiert auf Bürgerbeteiligung: Jeder ist eingeladen, seine Wohnsituation mitzuteilen. So entsteht ein Bild, wie die Eigentümerstruktur in der Nachbarschaft ist – welche Häuser Wohnungsbaugesellschaften, internationalen Fondsgesellschaften, Genossenschaften oder Einzeleigentümern gehören. 2009 verteilte Torka mit der Initiative noch Tausende Fragebögen. Sie legten offen, wo Modernisierungen und hohe Preissteigerungen dazu führten, dass Mieter wegziehen mussten. Es entstanden Arbeitsgruppen, eine Wohnungsbaugenossenschaft wurde gegründet. Heute ist es eine digitale Karte, die als Informationswerkzeug genutzt wird. Mit der Karte begann eine neue Form von Bürgerbeteiligung. Bewohner können die Veränderungen in ihrem Viertel nun direkt selbst verzeichnen.

Städte verändern sich, sie sind wirtschaftliche Motoren und Innovationszentren. Vor allem aber sind sie Lebensräume, in denen Bewohner ihr Leben gestalten. In vielen Ländern

nutzen Nachbarschaftsinitiativen inzwischen das Kartieren, um Entwicklungen in ihrem Umfeld visuell aufzuzeigen und damit Veränderungen anzustoßen. Das Forschungsprojekt „Critical Mapping in Municipalist Movements“, angesiedelt am Institut für Stadt- und Regionalplanung der Technischen Universität Berlin und gefördert von der Robert Bosch Stiftung, untersucht die Effekte des digitalen Kartierens. Neben Berlin stehen auch Belgrad und Barcelona im Fokus des Forschungsteams. „Uns interessiert, was diese Werkzeuge für die sogenannten Municipalist Movements bedeuten, also Bürgerinitiativen, die eine Stadt auf lokaler Ebene auch abseits der großen Politik und etablierter Parteien gestalten wollen“, erklärt Projektleiter Andreas Brück. Es geht darum, zu erforschen, welches Potenzial Critical Mapping haben kann: „Wir wollen urbane Transformation, aber auch strategisches Gegensteuern der Initiativen verstehen.“

Karten sind nie neutral, sondern bilden Machtstrukturen ab. Lange waren sie das Vorrecht einiger weniger Mächtiger, die über Grenzen verhandelten und Infrastrukturen festlegten. Heute sind Karten allgegenwärtig: Wir haben sie mit unseren Handys immer dabei, mithilfe von GPS-Daten werden ständig Karten erstellt. Dazu braucht es keine Kenntnisse der Landvermessung mehr, das Erstellen von Karten ist demokratisiert. Bei Susanne Torka ist es eine kostenlose Onlineplattform, crowdmap.com, auf der jeder User Informationen einstellen kann. Torka prüft die Eingänge und gibt diese dann online frei. Es geht um das, was in den Häusern des Viertels passiert: Wie wird mit Mietern umgegangen, werden Wohnungen an Feriengäste

**„Karten sind nie neutral,
sie bilden Machtstrukturen ab.“**

vermietet, gibt es Leerstand? Bislang sind es vor allem die Mitglieder der Initiative selbst, die die Einträge vornehmen. „Oft sammeln wir Informationen auf Infoständen und tragen diese dann auf der Karte nach“, erzählt Torka. Sie wünscht sich, dass noch mehr Nachbarn die Karte nutzen. „Dafür müssen wir mehr Werbung machen.“ Doch es ist jetzt schon eine Arbeit, die anderen hilft: Es gab Fälle, in denen Mieter in Wohnungen mit auffallend schlecht

bewerteten Eigentümern nicht eingezogen sind.

Critical Mapping kann helfen, Probleme zu lokalisieren, zu visualisieren und verständlich zu vermitteln. Und es kann ein breites Spektrum an Themen abdecken: Es gibt Initiativen, die Leerstand kartieren, um Zwischennutzungen zu ermöglichen und einen erhitzten Immobilienmarkt konkret in der eigenen Nachbarschaft sichtbar machen. Andere Engagierte markieren Orte in der Stadt, an denen Menschen sich unsicher fühlen, wieder andere Initiativen machen Vorschläge für den öffentlichen Nahverkehr.

Das Forschungsteam von „Critical Mapping in Municipalist Movements“ beobachtet unterschiedliche Themen, die von Initiativen aufgegriffen und kartiert werden – das Thema Wohnen ist dabei der zentrale Aspekt. Alle drei untersuchten Städte, Barcelona, Belgrad und Berlin, seien von Auseinandersetzungen um Wohnraum betroffen, erzählt Projektleiter Brück und ergänzt: „Wohnen hat derzeit die Dynamik, Menschen zu mobilisieren. Wir verstehen dabei unter Wohnen einen weiter gefassten Begriff, der über die Behausung hinausgeht und die Sorge um den täglichen Lebensunterhalt der Menschen umfasst.“ Dabei wird der Zugang zu Bildung oder Erholungsmöglichkeiten ebenso untersucht wie das Verhältnis zwischen Einkommen und Mietausgaben einer Person. Auch Räumungen oder das Problem, dass viele Wohnungen heute an Touristen vermietet werden, sind Fragen, mit denen sich Initiativen beschäftigen, um an Alternativen zu arbeiten.

Daten in Exceltabellen einzupflegen, hätte lange nicht den Nutzen, den eine sichtbare, interaktive Karte hat, sagt Susanne Torka von der Nachbarschaftsinitiative in Moabit. Doch der Wandel hänge immer auch von den Menschen ab. „Die Karte ist ein Informationswerkzeug. Nur wenn sich MieterInnen auch zusammenschließen, kann dieses Werkzeug etwas erreichen.“



Beteiligung für alle

Wir übertragen die Ungleichheit der Welt in den digitalen Raum, sagt IT-Wissenschaftlerin Catherine Mulligan. Und fordert Mut zu neuem Denken.

Das Jahr 2020 markiert einen Wendepunkt, an dem die globale digitale Ungleichheit deutlich zum Vorschein kommt. Aufgrund von Covid-19 können Millionen von Kindern nicht zur Schule gehen, während andere digitalen Unterricht bekommen. Eine Kluft tut sich auch auf zwischen denen, die von zu Hause aus arbeiten können und anderen, für die das nicht möglich ist. Bisher galt digitale Exklusion häufig als Thema, das man auch später noch angehen kann. Doch die letzten paar Monate haben gezeigt, dass die digitale Ungleichheit in fast jedem Land der Welt ein sehr reales Problem darstellt.

Als wir den Bericht über digitale Kooperation für das High-Level Panel der UN verfassten, ahnten wir nicht, welche Relevanz der Teil zur digitalen Inklusion bald bekommen sollte. Unsere Empfehlung, jeder Erwachsene solle Zugang zu digitalen Netzwerken sowie zu digital gestützten Finanz- und Gesundheitsdienstleistungen haben, findet nun großen Anklang. Denn die Verwerfungslinien der digitalen Ungleichheit ziehen sich durch alle Länder, vom globalen Süden über Europa bis in die USA. Unser Bericht schlug vor, dass der private Sektor, Regierungen, NGOs und die Zivilgesellschaft zusammenarbeiten sollten, um für umfassende digitale Inklusion zu sorgen. Nun ist es wichtiger denn je, uns zu fragen: Was bedeutet umfassende digitale Inklusion?

Digitale Ungleichheit wurzelt in der Ungleichheit an sich - und in unseren vorgefassten Meinungen darüber, wie die Welt funktioniert. Wir akzeptieren es als Normalzustand, dass manche Menschen und Länder weniger bekommen, andere dagegen mehr. Dies setzt sich nun in der digitalen Welt fort und hindert Menschen und Nationen daran, digitale Technologien umfassend zu nutzen.

Wir Menschen neigen dazu, industrielle und gesellschaftliche Revolutionen auf den Lauf der Geschichte zurückzuführen - als seien wir dem ausgeliefert. Doch die digitale Revolution liegt in unseren Händen. Dazu müssen wir uns der Herausforderung stellen, nicht nur anders zu denken, sondern auch anders zu handeln. Um die digitale Ungleichheit zu überwinden, müssen wir bestimmte Aspekte der Ungleichheit an sich überwinden; das lässt sich nicht voneinander trennen.

Seit Anbruch des Informationszeitalters in den 1960er-Jahren bilden wir mit der digitalen Welt die bestehende physische Wirtschaftswelt nach; eine Wirtschaftswelt, die

sich auf die Ungleichheit zwischen Kapital und Arbeitskraft stützt, auf der unsere Gesellschaft seit Jahrhunderten beruht.

So nimmt man beispielsweise an, dass wir die Ungleichheit in Bezug auf Datenspeicherung aus den verschiedensten Gründen akzeptieren müssten, was zur Entstehung von Datenmonopolen in einer kleinen Anzahl von Unternehmen und Nationen geführt hat.

Die Abbildung der physischen Welt in der digitalen Welt hat nicht funktioniert - so ist eine überaus anfällige Wirtschaft entstanden, die stark von Zentralisierung und multinationalen Konzernen abhängt und zum Stillstand kommt, sobald einer ihrer Bestandteile versagt. Das wird oft als unvermeidlicher, natürlicher Prozess dargestellt, doch das entspricht nicht der Wahrheit. Die Grundlagen der physischen Wirtschaft - Land, Kapital und Arbeitskraft - haben im digitalen Raum nicht die gleiche Bedeutung, doch das findet keine Beachtung.

Für die digitale Welt ist ein neuer Gesellschaftsvertrag nötig - ein Vertrag, der angesichts der Tatsache, dass so viele unserer Daten zu wirtschaftlichen Zwecken genutzt werden, eine neue Sichtweise auf Arbeit verlangt. Gesetzgeber konzentrieren sich bislang auf kleinere, wenn auch wichtige Aspekte wie den Datenschutz, während die umfassenderen Auswirkungen der Digitalisierung unbeachtet bleiben. Deshalb stolpern wir immer weiter in eine immer größere digitale Ungleichheit - paradoxerweise gerade deshalb, weil wir das Richtige tun wollen.

Die digitale Ungleichheit ist komplex. Wer keinen Zugang hat, befindet sich in der Regel in einem Nexus der Exklusion. Technischer Zugang allein garantiert noch lange nicht, dass jemand über den Strom oder über Bildung und Fähigkeiten verfügt, mit denen eine effektive Nutzung möglich ist.

Wird nicht das gesamte Spektrum der digitalen Ungleichheit berücksichtigt, verstärkt sich die Auswirkung der digitalen Exklusion weiter. So hat man vielleicht Zugang zur digitalen Welt, aber nur als Teilnehmer, der den Monopolen in anderen Ländern Daten liefert, ohne selbst wirtschaftliche und gesellschaftliche Vorteile ausschöpfen zu können. Bei der Beurteilung der digitalen Ungleichheit ist das Gleichgewicht der digitalen Macht ein wichtiger Aspekt. Viele Narrative unterscheiden zwischen „fortschrittlichen“ und „hilfsbedürftigen“ Ländern. Das kann zu einer Art

„Um die digitale Ungleichheit zu überwinden, müssen wir bestimmte Aspekte der Ungleichheit an sich überwinden; das lässt sich nicht voneinander trennen.“



Dr. Catherine Mulligan

ist Honorary Senior Research Associate für Informatik am University College London und Co-Direktorin des Forschungszentrums für Kryptowährung am Imperial College London. Sie war Mitglied des High-Level Panels für digitale Zusammenarbeit, das von UN-Generalsekretär António Guterres einberufen wurde. Die Expertengruppe hat Empfehlungen erarbeitet, wie die digitale Zukunft zum Wohl aller und im Sinne der nachhaltigen Entwicklungsziele der UN gestaltet werden kann.

digitaler Kolonialisierung führen. Ein entscheidender Punkt, den Regierungen, der Privatsektor und die Zivilgesellschaft sorgfältig berücksichtigen müssen: Wie sieht der globale Gesellschaftsvertrag für die digitale Welt aus?

Wenn ich diesen Punkt anspreche, werden häufig Kryptowährungen als vermeintliche Beweise dafür angeführt, dass der Durchschnittsbürger in der digitalen Welt nicht nur Teilnehmer, sondern auch „Gewinner“ sein kann. Aber stimmt das wirklich?

Bitcoin ist in der Finanzkrise im Jahr 2008 entstanden. Mit der ersten echten Peer-to-Peer-Währung skizzierte „Satoshi Nakamoto“, so das Pseudonym des Erfinders von Bitcoin, eine Möglichkeit, wie Banken beim Tausch von Werten zwischen Einzelpersonen überflüssig werden können. Die größte Leistung von Bitcoin ist das dahinterstehende Gedankenexperiment. Satoshi bildete nicht einfach das bestehende Finanzsystem mit einer zentralen Kontrolle durch Regierungen und große Unternehmen nach, sondern nutzte die umfassenden Möglichkeiten der digitalen Welt, um eine Währung von Menschen für Menschen zu schaffen.

Es war eine gewagte Idee, mit der manche Leute sehr reich geworden sind. Allerdings hat dies bislang nicht entscheidend dazu beigetragen, die Ungleichheit zu überwinden – sei es im digitalen Bereich oder anderswo. Kryptowährungen zeigen deutlich, wie engstirnig rund um digitale Technologien oft gedacht wird. Technologie bewegt sich nicht im luftleeren Raum, sie muss durch ein komplexes Netz aus politischen und unternehmerischen Interessen navigieren. Ein dezentralisierter Ansatz löst häufig Unbehagen aus – besonders unter denjenigen, die großes persönliches Interesse am Fortbestand unseres jetzigen Wirtschaftssystems haben.

Vor diesem Problem stehen auch viele der Lösungen, die zur Überwindung der digitalen Ungleichheit vorgeschlagen werden: Es geht nicht um technische Fragen, sondern um politische. Die Vorstellung, dass Menschen aller Länder über digitale Technologien vollkommen gleichberechtigt Zugang zum Wirtschaftssystem bekommen, weckt oft genauso großes Unbehagen wie die Dezentralisierung. Wir brauchen eine neue Sicht auf die Kräfte, die dem Eigentum an Daten und anderen digitalen Werten zugrunde liegen, sowie neue Normen für die Interaktion. Für manche Menschen wird das einen Machtverlust bedeuten, deshalb ist zur Umsetzung ein starker politischer Wille erforderlich.

Eine digital gestützte Dezentralisierung kann nicht nur Geld neu definieren, sondern uns die Möglichkeit geben, eine andere Welt zu gestalten. Mit einer digital koordinierten, dezentralisierten Wirtschaft könnten wir ein Gleichgewicht zwischen lokalem Wirtschaftswachstum und Globalisierung schaffen, das für alle von Vorteil ist. Eine Wirtschaftsweise, in der der Einzelne mit den Daten, die er generiert, seinen Einfluss erhöht und die Wirtschaftsleistung seiner Nation – und nicht nur den Profit einzelner Datenmonopolisten. Es wird Mut und gründliches Nachdenken erfordern, unsere bisher etablierten Vorstellungen von digitaler Ungleichheit zu überwinden. Es ist die große Herausforderung unserer Generation.



Die Reifeprüfung

Die Coronakrise hat alle Schulen vor große Herausforderungen gestellt. Wer schon vorher auf Digitalisierung setzte, war im Vorteil.

A

n der gläsernen Eingangstür des 60er-Jahre-Pavillonbaus im Hamburger Stadtteil Bahrenfeld prangt ein durchgestrichenes Handysymbol. Schultafeln hängen an den Wänden. In den Klassenräumen der Max-Brauer-Schule, einer mehrfach ausgezeichneten Reformschule, die immer wieder auch für ihr progressives digitales Profil gelobt wird, kennen die Schülerinnen und Schüler das Geräusch quietschender Tafelkreide. Wie passt das zusammen? „Ziemlich gut“, sagt

Stefan Zelle, der seit 2012 die Funktion des Medienbeauftragten der Schule innehat. Zelle, langer Pferdeschwanz und dichter Bart, strahlt eine einnehmende Ruhe aus. Auf die Frage, wie das digitale Konzept der Schule genau aussehe, antwortet er trocken: „Wir verfolgen eher die Konzeptlosigkeit.“ Das Arbeiten mit digitalen Endgeräten und das Nutzen sozialer Medien und Apps im Unterricht sind hier so selbstverständlich, dass es gar nicht mehr als etwas Besonderes wahrgenommen wird. In der Hausordnung steht schon lange, dass jeder Schüler sein privates Tablet oder Laptop für den Unterricht einsetzen darf. Dazu aber hat es erst einmal kommen müssen. „Wir haben immer dann in digitale Technik investiert, wenn es ein konkretes Bedürfnis gab“, erzählt Zelle. Das kann beispielsweise die Kunstfachschaft sein, die im Unterricht Laptops einsetzen wollte. Zelle selbst trete dann beratend „und als Ermögli-

cher“ auf. So sei die Schule jedes Jahr digital kompetenter geworden, ohne dass dieses Ziel irgendwo einmal konkret formuliert werden musste. „Digitalisierung ist ja kein Selbstzweck. Bei uns steht am Anfang immer die Frage: Wozu eigentlich?“

Die Reformschule setzt auf individualisiertes und selbstständiges Lernen, und zwar schon ab der Grundschule, wo die Schüler mit ihren Lehrerinnen und Lehrern Arbeitspläne entwickeln, die sie dann eigenverantwortlich umsetzen. Da sind digitale Medien eine wichtige Voraussetzung, denn die Schüler sitzen zwar in einem Raum, arbeiten aber jeweils an dem, woran sie Interesse haben. Wie koordiniert man die individualisierten Unterrichtspläne – bedeutet das nicht eine besonders hohe Arbeitsbelastung für die Lehrkräfte? „Nein“, antwortet Zelle, auch hier sei die Digitalisierung eher Segen als Fluch: „Jedes Unterrichtsmaterial, das wir entwickeln, ist

prinzipiell für alle Lehrkräfte verfügbar und wird Jahr für Jahr an die nächste Stufe übergeben.“ Mittlerweile habe die Schule ein riesiges digitales Archiv an Materialien, die sich im Unterricht bewährt haben und sich relativ einfach in die einzelnen Arbeitspläne einbeziehen lassen. „Das funktioniert aber nur, weil wir ein solidarisches Lehrerkollegium sind, das eigenes Wissen und die Ergebnisse der eigenen Arbeit teilt und bereit ist, sich in Sachen Digitalisierung fortzubilden.“

Als das Gespräch mit Stefan Zelle in der verwaisten Schule kurz vor Ostern 2020 stattfand, war noch nicht absehbar, wann die Schulen aufgrund des Covid-19-Virus wieder öffnen werden, mittlerweile ist der Betrieb in Deutschland eingeschränkt wieder aufgenommen worden. Eine Lehre kann man schon jetzt ziehen: Bei der Herkulesaufgabe, den Unterricht innerhalb weniger Tage von Präsenz- auf dezentralen Unterricht umzustellen, hatten die Schulen Vorteile, die bereits vorher auf digitale Technik gesetzt haben – Schüler und Lehrer waren einfach besser vorbereitet. Das bestätigt auch ein Telefongespräch mit Matti und Ake, zwei befreundeten Schülern der Max-Brauer-Schule, 12 und 14 Jahre alt. „Wir mussten ja nicht erst lernen, wie die Apps funktionieren, mit denen wir von zu Hause Unterricht machen“, erzählt Ake. So werden Aufgaben von den Lehrkräften etwa auf der Plattform Schulcloud hochgeladen, die Schüler erstellen in Eigenverantwortung einen Wochenarbeitsplan, in dem sie ihre Lernziele festlegen. „Wenn wir Hilfe brauchen, geht das auch ganz leicht über Schulcloud“, erzählt Matti. „Wir laden auch immer wieder Videos hoch, die zeigen, was wir in der Freizeit machen.“ Irgendwie, fügt er hinzu, habe das alles geholfen, sich der Schule und den Mitschülern näher zu fühlen. „Das Lernen macht mit solchen Möglichkeiten viel mehr Spaß. Man ist dann auch viel produktiver.“

Ende März beschloss die Bundesregierung, 100 Millionen Euro aus dem Digitalpakt für den schnellen Aufbau der Infrastruktur und die Ausweitung des digitalen Unterrichts in Zeiten bundesweit geschlossener Schulen zur Verfügung zu stellen. Denn das Thema hat auch



Oben
Stefan Zelle,
Medienbeauftragter
an der Hamburger
Max-Brauer-Schule,
kann zu Hause auf
ein Archiv von Un-
terrichtsmaterialien
zurückgreifen.

Rechts
Schüler Matti, 12,
musste im Home-
schooling nicht erst
lernen, wie die
Lern-Apps funk-
tionieren, er kannte
sie aus der Schule.

eine enorme soziale Dimension. Das Deutsche Schulbarometer, eine repräsentative Umfrage im Auftrag der Robert Bosch Stiftung in Zusammenarbeit mit der ZEIT hat ergeben, dass zwei Drittel aller befragten Lehrkräfte in Deutschland nicht gut vorbereitet in den coronabedingten Fernunterricht gestartet sind. Neben mangelnder Ausstattung gaben die Befragten vor allem eigene Defizite im Umgang mit digitalen Lernformaten an. Nicht alle Schüler finden zu Hause ideale Lernbedingungen vor, und gerade in den bildungsferneren Milieus ist die digitale Teilhabe oft beeinträchtigt – genau in diesem Umfeld aber ist die Unterstützung durch eine effiziente Kommunikation und Erreichbarkeit der Lehrkräfte besonders wichtig.

„Wir mussten das Thema Digitalisierung erst mal aus der Nische holen und es demokratisieren.“

Ein Problem, das für Schulleiter Thilo Engelhardt von der Waldparkschule im Heidelberger Stadtteil Boxberg nicht neu ist. Als er 2007 an die Schule kam, war sie noch eine Grund-, Haupt- und Werkrealschule, 70 Prozent der Kinder in einigen Klassen kamen aus Familien, die Hartz IV bezogen. Das Konzept der Schule, die wie die Max-Brauer-Schule mit dem Deutschen Schulpreis der Robert Bosch Stiftung und der Heidehof Stiftung ausgezeichnet wurde, zielt ebenso wie das der Hamburger Schule auf individuelles Lernen. „Wir schaffen das, indem wir neben den großen Klassenverbänden auf kleinere Lerngruppen setzen, die den Bedürfnissen des Einzelnen mehr Raum geben.“ Dass die Schule dabei auf Digitalisierung setzt, hat auch den Hintergrund, dass es ausgerechnet in diesem Punkt lange Zeit nicht gut lief.

Anfangs gab es nur den klassischen Computerraum, mittlerweile stehen den Schülern über 100 iPads zur Verfügung, dazu in jedem Klassenzimmer ein Visualizer, Smartboards sowie ein Schüler-PC. „Wir mussten das Thema Digitalisierung erst mal aus der Nische holen und es demokratisieren“, sagt Engelhardt und meint damit, Schüler überhaupt zu befähigen, die Medien verantwortungsvoll und kritisch zu nutzen. „Auch wenn es in der allgemeinen Unterrichtssituation ein faktisches Handyverbot gibt, ist es doch heutzutage realitätsfern, Smartphones aus der Schule zu verbannen. Sie sind einfach zu sehr Bestandteil unseres Alltags geworden.“

Engelhardt ging es in den ersten Schritten darum, die Schüler dafür zu sensibilisieren, in welchen Bereichen es sinnvoll ist, ein Smartphone zu nutzen, und wann und wozu man es bewusst eben nicht tun sollte. Großes Thema sei zum Beispiel der

Umgang mit WhatsApp. Die Kommunikation dort verlaufe viel zu schnell, als dass die Schüler sämtliche Konsequenzen einer Nachricht oder eines Fotos bedenken könnten. Um die Medienkompetenz bei den Schülern zu verbessern, richtet die Schule gerade in einem Teil der Schulla ein digitales Zentrum ein, wo Schüler iPads ausleihen und sich unter Anleitung mit verschiedenen digitalen Medien befassen können – sogar 3-D-Drucker sind geplant. Obwohl die Schule die Mittel bereits zusammenhat, hängt das Projekt durch die Coronakrise gerade in der Luft. Gut möglich, dass es durch die Erfahrungen, die die Schule aktuell macht, noch angepasst wird. „Durch die abrupte Schließung mussten wir wie jede andere Schule auch erst mal improvisieren“, erzählt Engelhardt. So wurde zunächst die teils umstrittene App Discord genutzt, um mit den Schülern im Kontakt zu sein. Der Onlinedienst für Messenger, Chats und Sprachkonferenzen ist gerade bei Computerspielern weit verbreitet, geriet aber auch schon durch Vorwürfe in die Schlagzeilen, auch Extremisten als Kommunikationskanal zu dienen. „Wir haben da in den sauren Apfel beißen müssen“, sagt Engelhardt. Ein weiteres Manko der App: Die Eltern, zu denen Kontakt ebenfalls wichtig ist, sind eher nicht auf Discord unterwegs. Der Vorteil aber überwog: Ein Großteil der Schüler nutze die App privat und sei



„Es war gut zu wissen, dass die Lehrer über die App schnell erreichbar sind, wenn es hakt.“

damit vertraut. Und sie bietet im Gegensatz zu einer E-Mail die Möglichkeit, unmittelbar in Kontakt treten zu können. Züleyha, 15, die als Zehntklässlerin gerade ihren Real-schulabschluss macht, um dann auf das Wirtschaftsgymnasium zu wechseln, hätte ohne Discord unter noch schwierigeren Bedingungen lernen müssen. „Es war nicht immer einfach, die Konzentration zu halten. Da war es gut, zu wissen, dass die Lehrer über die App schnell erreichbar waren, wenn es hakte.“ Probleme wie etwa mit Cybermobbing waren ihr bewusst. „Aber wir sind durch die Schule ziemlich gut vorbereitet, wie man sich auf solchen Plattformen bewegt.“ Gutes Medientraining hin oder her: Engelhardt plant zukünftig ohne Discord. „Wir arbeiten gerade an einer Software, die ähnlich funktioniert, aber auf einem sicheren Server liegt, über den allein die Schule die Hoheit hat und über den wir auch alle Eltern erreichen können.“

Die Sicherheit der Daten ist ein Dauerbrenner. Vielleicht gibt es auch deshalb noch immer erhebliche gesellschaftliche Vorbehalte gegenüber digitalen Medien. So ergab eine Studie der Wübben-Stiftung aus dem Jahr 2019, dass etwa die Hälfte der Lehrer dem Einsatz digitaler Technik im Unterricht kritisch gegenübersteht. Auch 49 Prozent der Schulleiterinnen und Schulleiter sind der Studie zufolge überzeugt, dass der Nutzen digitaler Medien deutlich überbewertet wird. Es scheint, als gelten im Land der Dichter und Denker noch immer Buch, Stift und Papier als wichtigster Ausweis für Intellekt.

Eine Haltung, die auch dem St. Josef Gymnasium nicht ganz unbekannt ist. Dabei ist Wandel möglich, wie die Schule im thüringischen Dingelstädt zeigt. Hier auf dem Land finden die Schüler eine digitale Ausstattung, die andere glücklich

machen würde. Großfernseher, Whiteboards und Beamer sind Standard, jeder Schüler ab der neunten Klasse verfügt über ein eigenes iPad, und der Unterricht lief auch vor der Coronakrise schon digital. Stephan Reich, Lehrer und Digitalbeauftragter, erzählt am Telefon, dass er die Schule als Referendar noch ganz anders kennengelernt habe, „eben klassisch analog“. 2016 begann dann die Entwicklung zu einer „der modernsten Schulen Deutschlands“, wie es immer wieder in den Medien heißt. „Eigentlich war der Auslöser eine Diskussion über die Ausstattung der Schüler mit programmierbaren Taschenrechnern, die auch Graphen darstellen können“, erzählt Reich. „Das Land Thüringen sieht die Anschaffung der Rechner für alle Schüler im Matheunterricht vor, und die Schulleitung überlegte, ob ein Tablet hier nicht viel sinnvoller sei, weil es universeller und mehrwertiger im Unterricht eingesetzt werden kann.“ Das Ganze sei dann ein Rechenexempel gewesen. Statt des Taschenrechners, der etwa 150 Euro kostet, mussten die Eltern für das iPad rund das Doppelte aufwenden. Die Schulleitung überzeugte schließlich die zuständigen Behörden, bei der Digitalisierung der Schule mitzuziehen und Mittel bereitzustellen. Die Erfahrungen im Unterricht sorgten für einen Dominoeffekt. Wer als Lehrkraft erst einmal begreift, dass



das Tablet in der Schule nicht der Unterhaltung dient, sondern ein neutrales Werkzeug ist, mit dem sich Inhalte auf unterschiedliche Art veranschaulichen und transportieren lassen, kann es schnell für seine Unterrichtszwecke adaptieren. Und so wurden die Kollegen sämtlicher Fachrichtungen mehr und mehr überzeugt von der Idee. Welche Potenziale das Tablet weckt, weiß auch Jonas Schröter, 18, der gerade in den Abprüfungen steckt und den digitalen Wandel der Schule selbst mitbekam. „Wenn man mich fragt, was der große Vorteil der Digitalisierung ist, dann ist es die Möglichkeit, vom Frontalunterricht wegzukommen – und das effektivere und vernetzte Arbeiten der Schüler und Lehrer miteinander.“ Das iPad ermöglichte individuelle Gruppenarbeit, jeder nehme an den Lernfortschritten seiner Mitschüler teil, das Medium führe oft zu viel kreativeren Lösungsansätzen. „Ich habe den Eindruck, dass ein unmittelbares Feedback vom Lehrer mithilfe der neuen Unterrichtsmittel alle Schüler in ihrem Lernprozess voranbringt. Auch wenn man als Abiturient zunächst verunsichert war, ob eine optimale Vorbereitung während der Schulschließung möglich ist, glaube ich, dass allein das iPad und seine Kommunikationsmöglichkeiten schon dazu geführt haben, dass die Lernqualität hoch blieb.“

Dazu befragt, fällt Lehrer Stephan Reich ein schönes Beispiel aus seinem Chemieunterricht ein. „Ich wollte wissen, durch welche chemischen Prozesse ein klassischer Rohrreiniger einen Abfluss frei bekommt.“ Reich selbst lud dazu ein Video im Sendung-mit-der-Maus-Stil hoch, die Antworten der Schüler waren noch weitaus origineller. „So etwas zeigt, wie digitale Medien zu kreativen Lösungen und damit viel nachhaltigeren Lernerfolgen führen.“

Aber es gebe auch nach wie vor noch Dinge, die weniger gut laufen. So sei die Schulausstattung bis Klassenstufe 8 noch nicht auf dem Stand der älteren Schüler, auch der höhere Zeitaufwand, den die Schüler durch das selbstbestimmte Arbeiten erfahren, führe im Homeschooling manchmal zu Überforderungen. „Dann wäre es angezeigt, dass der Schüler den Lehrer unmittelbar



kontaktieren könnte“, was aber nicht immer möglich sei. „Hier müssen wir noch konsequenter die Kommunikationskanäle vereinheitlichen; manche Kollegen bevorzugen noch immer E-Mails, während die Schüler auf Messenger setzen.“ Noch stärker aber grenze die allgemein übliche Schulpraxis mit starren Zeiteinheiten und verordnetem Fächerstrauß die Möglichkeiten ein. „Multimedialer, interaktiver und kooperativer Unterricht funktioniert nicht in 45-Minuten-Häppchen.“ Das Gute sei jedoch: Alles, was jetzt noch nicht richtig funktioniere, liefere Erfahrungswerte für die Zukunft. „Die digitalisierte Schule ist immer auch ein Prozess. Wir alle lernen jeden Tag dazu.“

Links

Schulleiter Thilo Engelhardt von der Waldparkschule in Heidelberg hat die Schule nicht nur digital, sondern auch konzeptionell verändert.

Oben

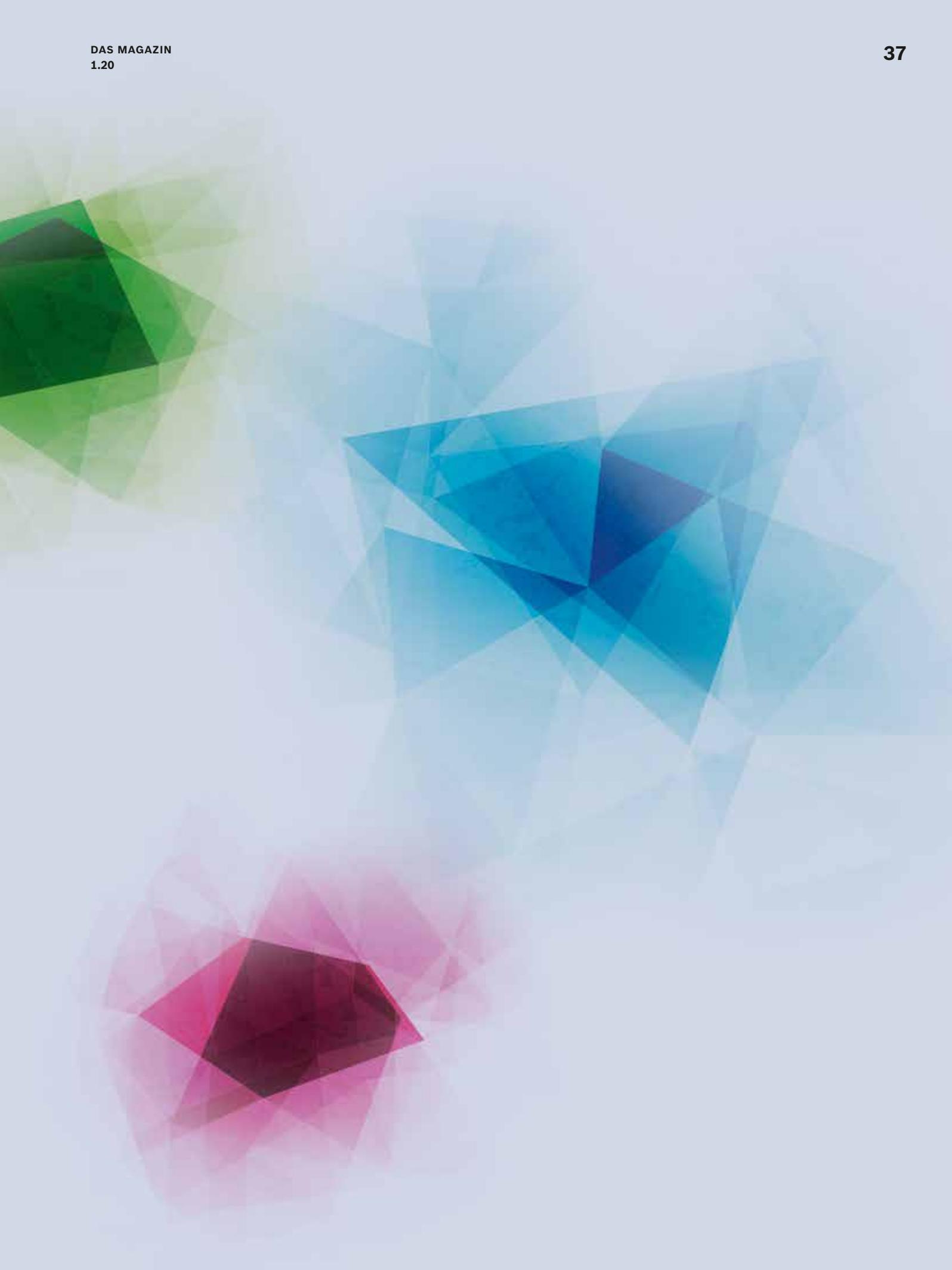
Lehrer Stephan Reich zeigt sein Wissen in Videos, die Schüler machen es ihm nach.



Stiftung der Zukunft

TEXT
Nicole Zepter

Die Robert Bosch Stiftung hat ihre Arbeit in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Bürgergesellschaft mit dem Ziel einer höheren Wirksamkeit überprüft und neu ausgerichtet. Wir stellen die Themen vor, auf die sich die drei Bereiche künftig fokussieren werden.



Die neuen Themen des Bereichs Bildung

Lernen des Individuums und Lernen der Organisation

Bildung ist grundlegend für unsere Gesellschaft, sie stärkt den Einzelnen wie auch die Gemeinschaft. In den letzten Jahren wird das Thema Bildung in Deutschland jedoch häufig unter negativen Vorzeichen diskutiert. Die Pisa-Schocks, die ausgeprägte Abhängigkeit der Bildungschancen von der Herkunft und nicht zuletzt der Lehrermangel prägen die Debatte. Schlechte Ergebnisse in internationalen Schulleistungsvergleichen, das Sinken der Bildungsqualität und der Anstieg der Schulabbrecherquoten verstärken den Druck auf Bildungspolitik, Bildungsforschung und Bildungseinrichtungen.

Die gesellschaftlichen Erwartungen an das Bildungssystem sind hoch, ebenso der Wunsch nach Veränderung. Auch wenn sich Schulen und Kitas weiterentwickeln, fehlt es an Konzepten und dem Mut, wirklich große Reformen anzustoßen. Die sind notwendig: Die Gesellschaft verändert sich, die Digitalisierung revolutioniert die Arbeitswelt und damit auch die Anforderungen an das, was Schule vermitteln muss. Die zunehmende Vielfalt unserer Gesellschaft mit all den verbundenen Herausforderungen spiegelt sich auch in den Schulklassen und Kita-Gruppen. Viele Schüler fühlen sich durch die Schule nicht ausreichend auf ihre berufliche Zukunft vorbereitet, wie verschiedene Studien zeigen. Viele Kitas sind bis heute eher Betreuungseinrichtungen, anstatt als Bildungseinrichtungen die hohe Lernfähigkeit und -freude von Kleinkindern zu fördern. Das liegt auch an

einem fehlenden konstruktiven Austausch. Die Bildungspolitik in der Europäischen Union hat die gleichen Probleme wie der deutsche Bildungsföderalismus: Viele unabhängige Staaten bzw. Länder betreiben ihre eigene Bildungspolitik, aber es gibt weder in der Wissenschaft noch in Politik oder Praxis einen regelmäßigen Austausch über Erfolge, neue Ideen oder Fehlentwicklungen.

Wie kann also die Bildung der Zukunft funktionieren? Für Robert Bosch war Bildung zeitlebens ein zentrales Anliegen. Bildung bedeutete für ihn nicht nur das Anhäufen von theoretischem Wissen, sondern auch die Fähigkeit, erworbenes Wissen anwenden zu können. Bosch war der Auffassung: Bildung ermöglicht den Menschen, die Komplexität und Vielfalt der Welt zu begreifen und ihren eigenen Anteil darin zu gestalten. Die Robert Bosch Stiftung hat mit ihrer Förderung im Bereich Bildung eine lange Tradition. Dazu gehören die Deutsche Schulakademie und das internationale Robert Bosch College UWC in Freiburg. Der Deutsche Schulpreis, den die Stiftung jedes Jahr vergibt, hat mittlerweile Leuchtturmcharakter. Er zeigt beispielhaft, wie einzelne Schulen innerhalb des bestehenden Systems exzellente Arbeit leisten und sich positiv weiterentwickeln.

Um das System Schule insgesamt besser und fit zu machen für die Herausforderungen der Zukunft, muss noch mehr geschehen. Wir müssen ganz neu über das Lernen nachdenken und unser Verständnis von der

Institution Schule grundsätzlich hinterfragen. Auf diesem Anspruch baut unsere künftige Strategie im Bereich Bildung auf. Die Stiftung sieht insbesondere zwei Handlungsansätze, um das Bildungssystem effektiv weiterzuentwickeln: zum einen die Ebene „Lernen des Individuums“ und zum anderen das „Lernen der Organisation“, also von Schulen und Kitas.

LERNEN DES INDIVIDUUMS

Wir müssen Lernen und Unterricht stärker in den Fokus nehmen als bisher, damit die Kinder und Jugendlichen von heute in der digitalisierten und automatisierten Arbeitswelt von morgen bestehen können. In dieser Welt müssen Menschen komplexe Probleme kooperativ lösen. Unser Bildungssystem muss deshalb nicht nur Wissen vermitteln, sondern verstärkt kreative, soziale und technische Fähigkeiten fördern. Beispielsweise die Fähigkeit, Lösungen und Antworten zu finden, die über Gewohntes und Regelkonformes hinausgehen. Oder die Kompetenz, mit abstrakten Konzepten zu arbeiten, große Mengen an Daten zu analysieren und die Logik von IT-Strukturen zu verstehen. Ein souveräner Umgang mit Medien und Kommunikation, kreatives Problemlösen und Gestaltungsfähigkeit sind die sogenannten 21st Century Skills, die eine wirksame Bildung heute vermitteln sollte.

Dafür muss die Qualität des Lernens verbessert werden. Es ist bekannt, dass im klassischen lehrerzentrierten Unterricht Wissens-

inhalte häufig reduziert und verallgemeinert werden. Zeitgemäß verstanden ist Lernen jedoch ein aktiver Prozess, den Schülerinnen und Schüler eigenständig leisten. Dafür sind mehr als rein kognitive Fähigkeiten gefragt, auch die Motivation der Schüler ist von Bedeutung. Aufgabe der Lehrerinnen und Lehrer ist es nach diesem Verständnis, die Motivation der Schüler zu fördern, die Lernprozesse von Kindern und Jugendlichen zu verbessern und sie beim Lernen möglichst optimal zu begleiten und zu unterstützen.

LERNEN DER ORGANISATION

Eine Schule oder Kita sollte Kindern gute Bildung ermöglichen und Chancengleichheit sicherstellen. Um dieser Anforderung gerecht werden zu können, müssen sich Bildungseinrichtungen selbst als lernende Organisationen begreifen. Organisationsentwicklung ist ein langfristig angelegter Prozess, der auf Ebene einer einzelnen Einrichtung, zum Beispiel Kita oder Trägerorganisation, Schule oder Schulaufsicht, stattfindet – aber ebenso auf Ebene des Systems, zum Beispiel im Zusammenwirken zwischen Träger und Kita oder zwischen Schule, Schulaufsicht und Schulträger. Eine lernende Organisation ist idealerweise ständig in Bewegung.

Demnach müssen sich auch Lehrer und Pädagogen als Lernende verstehen, ihr Handeln reflektieren und dessen Wirksamkeit überprüfen, um ihre Institution kontinuierlich weiterzuentwickeln. Das führt zu einer selbstverantworteten Schule. Die Zeit,

in der Schule durch Gesetze, Erlasse und Anweisungen hauptsächlich „von oben“ gesteuert wird, sollte ein für alle Mal vorbei sein. Vielmehr müssen Schulleitung, Lehrkräfte, Schüler und Eltern in gemeinsamer Verantwortung nötige Veränderungen gestalten. Hier wird die Stiftung mit ihrer Förderung ansetzen.

Mit den Qualitätsbereichen des Deutschen Schulpreises ist ein umfassender Qualitätsrahmen für gute Bildung erarbeitet worden, der von Wissenschaft und Praxis bundesweit anerkannt wird. Darauf aufbauend wird die Stiftung künftig Kita und Schule als Ganzes in den Blick nehmen. Damit wollen wir Synergien nutzen, aber auch sichtbar das Signal setzen, dass beide Bildungseinrichtungen gleichwertig sind.

BILDUNGSVERBUND

Mit den beiden Themen „Lernen des Individuums“ und „Lernen der Organisation“ unterstützt die Stiftung künftig Bildungseinrichtungen und das Bildungssystem bei der Gestaltung von Lernsituationen. Dafür werden sämtliche Aktivitäten der Stiftung im Bereich Bildung künftig in einem Bildungsverbund zusammenwirken. Teil dieses Verbunds werden auch die Tochtergesellschaften der Stiftung sein, Die Deutsche Schulkademie in Berlin und das Robert Bosch College UWC in Freiburg. Mit einer gemeinsamen Strategie werden sie noch wirksamer für das übergeordnete Ziel arbeiten: für mehr gute Schulen in Deutschland.

NACHGEFRAGT

Wie können wir die Qualität des Lernens künftig verbessern?

Lernen ist nicht nur die Wiedergabe von Wissen, sondern bedeutet zum Beispiel, Sachverhalte zu verstehen, Probleme kreativ und kooperativ zu lösen, Wissen zu verknüpfen und strategisch vorzugehen. Guter, anspruchsvoller Unterricht ist dabei der Schlüssel. Er schafft Herausforderungen und die Möglichkeit, dass Schülerinnen und Schüler ihr Lernen selbst steuern können. Das gilt für digitale und analoge Lernumgebungen gleichermaßen.

Wenn sich das Lernen ändert, müssen sich auch Schulen und Kitas ändern. Wie kann das gelingen?

Gut ausgebildete Erzieherinnen und Erzieher und Lehrkräfte sind die Grundlage. Dazu gehört neben der Ausbildung auch eine regelmäßige und qualitativ hochwertige Fortbildung. Und es braucht Schulleitungen und Kollegen mit einer klaren Vorstellung davon, wie sich Lernprozesse wirksam unterstützen und verbessern lassen.



Prof. Dr. Frank Lipowsky

Der Erziehungswissenschaftler ist Professor für empirische Schul- und Unterrichtsfor- schung in Kassel. Lipowsky forscht zu den Themen Unterrichts- qualität und Fortbildung von Lehrpersonen und ist Mitglied der Jury des Deutschen Schulpreises.

Die neuen Themen des Bereichs Gesundheit

Zukunftsfähiges Gesundheitssystem und Menschen im Gesundheitssystem

Die Gesundheitsversorgung in Deutschland steht vor vielen Herausforderungen. Immer mehr Menschen leiden an chronischen Erkrankungen. Die Bevölkerung altert und die Bedürfnisse der Betagten fordern eine spezielle Versorgung. Die Fähigkeit des Gesundheitssystems, Herausforderungen wie diesen zu begegnen, ist nicht optimal. Es fehlen Fachkräfte, Ansätze sektorenübergreifender Versorgung, und es gibt zu wenig Kooperation über die gesundheitsbezogenen Berufsgruppen hinweg, um die Patienten gut zu versorgen. Die Einführung digitaler Anwendungen kommt nur langsam voran. Hinzu kommen Entwicklungen wie Globalisierung, neue Technologien oder der Klimawandel, auf die auch das Gesundheitssystem zeitgemäße Antworten braucht – Antworten, die unter anderem verstärkten internationalen Austausch erfordern.

Seit ihrer Gründung im Jahr 1964 engagiert sich die Robert Bosch Stiftung im Bereich Gesundheit. Ausgangspunkt war das Robert-Bosch-Krankenhaus in Stuttgart, das Robert Bosch während des Zweiten Weltkriegs gegründet hatte, und das sich nun seit mehr als 50 Jahren in der Trägerschaft der Stiftung befindet. Für Robert Bosch war Gesundheit mehr als die Abwesenheit von Krankheit. Auch gesundheitserhaltende Maßnahmen, die Berücksichtigung des individuellen Lebensumfelds sowie gesundheitliche Bildung und Aufklärung waren ihm wichtig. An diesem mehrdimensionalen Verständnis von Gesundheit orientieren wir uns bis heute. Wir setzen uns für eine

Gesundheitsversorgung ein, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert und ein optimales Versorgungskontinuum über verschiedene Lebensphasen für alle sicherstellt. In unserer Förderarbeit bauen wir auf der jahrzehntelangen Erfahrung in verschiedenen Bereichen der Gesundheitsversorgung auf. Als unabhängiger Akteur, der Impulse für kontinuierliche Systemverbesserungen setzen kann, werden wir unsere Arbeit im Bereich Gesundheit künftig auf zwei Themen fokussieren: zukunftsfähiges Gesundheitssystem und Menschen im Gesundheitssystem.

ZUKUNFTSFÄHIGES GESUNDHEITSSYSTEM

Ziel der Robert Bosch Stiftung ist es, auch in Zukunft allen Menschen in Deutschland eine qualitativ hochwertige und dem Menschen zugewandte Gesundheitsversorgung zu ermöglichen. Dazu müssen sich die Strukturen des Gesundheitssystems verbessern. Ein zukunftsfähiges Gesundheitssystem muss konsequent auf die Erhaltung von Gesundheit ausgerichtet sein, also auf Prävention und Gesundheitsförderung. Außerdem sollte es reibungslose Übergänge entlang des Versorgungskontinuums – zwischen ambulanten Einrichtungen, Krankenhäusern, Rehabilitation und Pflegeheimen bis zu Hospizdiensten – sicherstellen. Die Versorgung sollte die Lebenswelt der Patienten mit im Blick haben und sie zum Selbstmanagement ermutigen. Um den Bedürfnissen chronisch kranker und alter Men-

schen besser zu begegnen und sie bestmöglich zu begleiten, sollte die Primärversorgung gestärkt werden: mit multiprofessionellen Teams, die Versorgung möglichst nah an den Wohn- oder Arbeitsort der Menschen bringen. In einigen Ländern haben sich dazu regional ausgerichtete Primärversorgungszentren etabliert, sie bieten erfolgreiche Lösungsansätze und damit eine Orientierung, um auch Systemverbesserungen in Deutschland zu erreichen. Gerade in ländlichen Regionen, in denen Mangel an Ärzten herrscht, leisten solche Zentren wichtige Arbeit. Sie bieten auch die Möglichkeit, die Anbindung an Fachärzte stärker digital zu gestalten, ohne den Anspruch auf direkten menschlichen Kontakt aufzugeben. Um gut für die Zukunft aufgestellt zu sein, braucht das Gesundheitssystem außerdem effektive Maßnahmen gegen den zunehmenden Fachkräftemangel und insgesamt eine flexiblere und offenere Steuerung, um auf neue Herausforderungen zu reagieren.

Die Robert Bosch Stiftung wird die Zukunftsfähigkeit unseres Gesundheitssystems stärken, indem sie die Erprobung geeigneter, zukunftsfähiger Versorgungsmodelle in der Praxis fördert. Mit dem Projekt *PORT – Patientenorientierte Zentren zur Primär- und Langzeitversorgung* hat die Stiftung hier in den letzten Jahren einen Grundstein gelegt. Ein weiterer Pfeiler der Förderung ist die Initiative *Neustart! Reformwerkstatt für unser Gesundheitswesen*. Durch sie erhalten Bürger eine Plattform, um zusammen mit Exper-

ten visionäre Reformvorschläge für die Zukunft zu entwickeln.

MENSCHEN IM GESUNDHEITSSYSTEM

Die Qualität der Gesundheitsversorgung wird von Menschen gestaltet. Die Robert Bosch Stiftung will Bürger, Patienten, Fachkräfte in den verschiedenen Berufen und Entscheidungsträger darin unterstützen, ihr Handeln auf Gesundheit und eine am Menschen ausgerichtete Versorgung zu lenken und auch die Rahmenbedingungen in diesem Sinne zu ändern. Daher liegt der zweite Fokus unseres Bereichs Gesundheit auf dem Thema „Menschen im Gesundheitssystem“ – mit Ansatzpunkten auf verschiedenen Ebenen.

Die Patientenrolle verändert sich zunehmend in Richtung mehr Selbstbestimmung und Partizipation. Viele Erkrankungen können von den Betroffenen durch ihren Lebensstil beeinflusst und sogar vermieden werden. Die Stiftung will daher Bürger und Patienten befähigen, sich fit und gesund zu halten und das Gesundheitssystem ihren Bedürfnissen gemäß zu nutzen. Außerdem wirken wir darauf hin, dass Menschen auch mit einer chronischen Krankheit gut leben können.

Des Weiteren will die Robert Bosch Stiftung Kooperationen zwischen unterschiedlichen Gesundheitsberufen verbessern und wird daher Räume schaffen, in denen beispielsweise Ärzte und Pflegefachkräfte gemeinsam und voneinander lernen. Dies kommt einer optimalen Versorgung von Patienten zugute,

ist aber häufig noch nicht selbstverständlich. Im Bereich der Gesundheitsberufe ist unser Anliegen zudem, dass die Pflege ihre vielfältigen Kompetenzen bestmöglich in die Versorgungspraxis einbringt und neue Rollen übernimmt. Auch auf der Ebene der Führungskräfte im Gesundheitssystem setzen wir mit unserer Förderung an, indem wir Plattformen zur internationalen Vernetzung und Problemlösung bieten. Denn eine zukunftsfähige „Health Governance“ wird auf stetig lernende, international vernetzte und den Herausforderungen entsprechend flexibel agierende Entscheidungsträger angewiesen sein.

BOSCH HEALTH CAMPUS

Am Standort des Robert-Bosch-Krankenhauses in Stuttgart entsteht der Bosch Health Campus – ein neues Zentrum für patientenorientierte Spitzenmedizin mit den Schwerpunkten Behandlung, Forschung und Bildung. Die Zusammenführung unterschiedlicher Fachbereiche an einem Ort ermöglicht die interdisziplinäre Versorgung von Patienten.

NACHGEFRAGT

Wie lässt sich die Kooperation zwischen den Gesundheitsberufen verbessern?

Interprofessionelle Kompetenzen sollten früh angelegt werden, mit gemeinsamen Lernerfahrungen, die bereits in den Curricula von Ausbildung und Studium fest verankert sind. Dann kann Kooperation in der Praxis besser gelingen. Das ist wichtig für Notfallsituationen, wo jeder Handgriff rasch ineinandergreifen muss. Aber zum Beispiel brauchen auch ältere Menschen mit mehreren Krankheiten die Abstimmung zwischen Hausarzt, Pflege, Apotheke und anderen Fachkräften.

Auf welche Fragen muss unser Gesundheitssystem vor allem Antworten finden, um zukunftsfähig zu sein?

Wir müssen Wege für die Versorgung der Babyboomer und der vielen Alleinstehenden finden. Die Fortschritte in Digitalisierung und Gentechnologie sind vielversprechend, brauchen aber einen guten ethischen Rahmen und wirksame Schutzkonzepte. Das deutsche Gesundheitssystem muss sich außerdem besser aufstellen, um globale Herausforderungen bewältigen zu können.



Prof. Dr. Heyo K. Kroemer

Der Pharmakologe ist Vorstandsvorsitzender der Charité Universitätsmedizin in Berlin. Seit 2018 ist der ehemalige Dekan der Universitätsmedizin Göttingen Mitglied der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina.

Die neuen Themen des Bereichs Bürgergesellschaft

Demokratie und Einwanderungsgesellschaft

Unsere Gesellschaft verändert sich laufend, eine wachsende Vielfalt an Kulturen, Lebensformen und Lebenswirklichkeiten prägt das Land. Der Lebensstandard ist hoch, und die Menschen in Deutschland haben einen starken Wunsch nach Zusammenhalt in der Gesellschaft. Doch ein Teil der Bevölkerung fühlt sich durch Globalisierung und Zuwanderung bedroht. Auch zunehmende ökonomische Ungleichheit prägt das Land. Sozialer Aufstieg in Deutschland bleibt schwer. Kinder aus Familien mit geringem Einkommen, mit niedrigem Bildungsstand oder Migrationshintergrund sind oft Bildungsverlierer. Vor diesem Hintergrund wächst die Skepsis gegenüber der Leistungsfähigkeit der Politik, denn zunehmend sehen sich gesellschaftliche Gruppen nicht mehr im politischen System repräsentiert. In Deutschland – ebenso wie in weiten Teilen Europas und der Welt – ist die Zukunftsfähigkeit der demokratischen Ordnung infrage gestellt. Debatten werden im Ton rauer, vor allem im digitalen Raum. Populistische Strömungen und demokratiefeindliche Positionen, die die Gesellschaft spalten, haben zugenommen. Wie kann angesichts dieser Herausforderungen ein gutes gesellschaftliches Zusammenleben erreicht und das Miteinander gestärkt werden?

Robert Bosch setzte sich zeitlebens für eine demokratische staatliche Ordnung und eine liberale Gesellschaft mündiger, freier Bürger ein. Grundlegend für ihn war die Achtung der Menschenwürde sowie die Einsicht, dass der Ausgleich

von Interessen Voraussetzung für ein gutes Miteinander ist. In diesem Sinne fördert die Robert Bosch Stiftung seit Jahrzehnten bürgerschaftliches Engagement und setzt sich für einen konstruktiven Umgang mit Vielfalt ein. Auf diesen Erfahrungen baut der Bereich Bürgergesellschaft auf, der sich künftig auf die Themen Demokratie und Einwanderungsgesellschaft fokussiert. Im Rahmen dieser Themen wollen wir mutige Menschen und Institutionen darin unterstützen, Verantwortung zu übernehmen und das Zusammenleben zukunftsorientiert zu gestalten.

DEMOKRATIE

Eine starke Demokratie braucht urteilsfähige, politisch gebildete Bürger, die sich aktiv einbringen. Doch Demokraten werden nicht geboren – Demokratie muss mit jeder Generation neu erlernt werden. Daher setzt die Robert Bosch Stiftung in ihrer künftigen Förderung zum Thema Demokratie bei der Demokratiekompetenz und der Frage nach einer zeitgemäßen politischen Bildung an. Dazu gehört mehr als das Wissen, wie politische Systeme funktionieren. Wichtig sind Dialog- und Konfliktfähigkeit, Empathie, die Fähigkeit zum Perspektivwechsel und zum Umgang mit Komplexität, Medienkompetenz und kritisches Denken. In unserer Zielsetzung, demokratische Kompetenzen zu stärken, werden wir auch die Chancen und Risiken der Digitalisierung besonders in den Blick nehmen.

Demokratische Fähigkeiten und Kompetenzen sind Voraussetzung für eine wirksame Teilhabe an politischen Gestaltungsprozessen. Doch eine große Mehrheit der Deutschen ist unzufrieden mit den Möglichkeiten der repräsentativen Demokratie und wünscht sich mehr Mitbestimmung. Die Robert Bosch Stiftung wird den internationalen Austausch über erfolgreiche Praxis von Beteiligung intensivieren und gelingende digitale und analoge Ansätze fördern. Dialogorientierte Bürgerbeteiligungsformate können unterschiedlichste Gruppen einbinden und Demokratie erlebbar machen. Sie können Menschen für politische Themen begeistern und das Vertrauen in Prozesse der politischen Willensbildung und letztlich die Demokratie stärken.

Unsere Förderung zum Thema Demokratie wird auch eine ausgeprägte europäische Dimension beinhalten – durch internationalen Austausch und wechselseitiges Lernen. Damit wollen wir einen Beitrag zu einer neuen Debatte über die Stärkung der Demokratie leisten.

EINWANDERUNGSGESELLSCHAFT

Deutschland ist ein Einwanderungsland mit einer inzwischen jahrzehntealten Zuwanderungsgeschichte, welche die sogenannten Gastarbeiter, (Spät-)Aussiedler, zugewanderte Fachkräfte und die Kriegs- und Armutsflüchtlinge der vergangenen Jahre umfasst. Sie alle prägen das Land und tragen zu einer zunehmenden kulturellen, ethnischen und religiösen Vielfalt bei – eine Entwick-

lung, die sich nach übereinstimmenden Prognosen künftig noch verstärken wird. Der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung in Deutschland beträgt heute über 25 Prozent. Jede dritte Familie in diesem Land hat ausländische Wurzeln, in Frankfurt am Main hat beispielsweise bereits jeder zweite Einwohner eine Migrationsgeschichte. Deutschland steht weltweit an dritter Stelle, was die absolute Anzahl internationaler Migranten betrifft. Politik, Medien, Verwaltung, Bildungssystem oder Zivilgesellschaft spiegeln die Vielfalt der Gesellschaft jedoch bislang nicht wider. Geringere Teilhabechancen und Diskriminierung betreffen vor allem Menschen mit ethnischen, kulturellen oder religiösen Merkmalen, die von anderen als „nicht deutsch“ betrachtet werden. Anfeindungen, vor allem auch gegen Muslime, nehmen zu. Die Situation in Deutschland findet Parallelen in anderen Ländern, die sich ebenfalls mit wachsendem Pluralismus auseinandersetzen: Deren Erfahrungen sind für die Arbeit der Stiftung ebenfalls von Interesse.

Die Robert Bosch Stiftung will dazu beitragen, dass alle Gruppen in unserer zunehmend heterogenen Gesellschaft gut zusammenleben können – und dass Menschen mit Migrationsgeschichte selbstverständlich an allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens teilhaben können. Bei der künftigen Förderung innerhalb des Themas Einwanderungsgesellschaft legen wir einen Fokus auf das Zusammenleben in

Kommunen. Denn dort, in Stadtteilen, Gemeinden und Nachbarschaften, begegnen sich Menschen im Alltag. Hier treten Konflikte auf, und hier besteht die konkrete Herausforderung, das Miteinander unterschiedlichster gesellschaftlicher Gruppen zu gestalten. Wir wollen die Entwicklung kommunaler Strategien zu Integration und Teilhabe von Zuwanderern unterstützen. Dazu richten wir uns an kommunale Entscheidungsträger wie Landräte oder Bürgermeister.

Die Frage nach einem guten Miteinander ist auch eine Frage der Verständigung und des Interessenausgleichs. Der Austausch zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen – wenig repräsentierten Gruppen einerseits und bereits etablierten Akteuren andererseits – soll in die Entwicklung von praktischen Lösungen münden. Hierfür erhalten unterrepräsentierte Gruppen Unterstützung, um sichtbar zu werden und sich verstärkt einzubringen.

Nicht zuletzt will die Stiftung mit faktenbasierten Informationen zu Folgen und Potenzialen von Migration zu einer Sensibilisierung für die Anliegen von Zuwanderergruppen und zur Versachlichung der polarisierten politischen und gesellschaftlichen Debatte beitragen. Die Erfahrungen und Erkenntnisse aus der kommunalen Förderarbeit sollen in den Diskurs auf unterschiedlichen Ebenen der Politik einfließen, damit Einwanderung verantwortungsvoll gestaltet wird – zum Wohl aller.

NACHGEFRAGT

Viele Menschen fühlen sich etwa in Politik und Medien nicht ausreichend vertreten. Wie kann das überwunden werden?

Repräsentation ist der Schlüssel zur Verwirklichung von Gleichheit. Gleichheit ist ein Versprechen unserer pluralen Demokratie, wie das Grundgesetz verdeutlicht. Wir erreichen dies nur durch Quotierung, die in absehbarer Zeit dazu führt, dass unterrepräsentierte Gruppen Teilhabepraxis und starke Netzwerke aufbauen und Quoten wieder abgeschafft werden können.

Integration verbindet man mit der Anpassungsleistung von Migranten – geht es darum noch?

Wir müssen uns von einer auf Dauer gestellten Integrationsforderung an migrantische Teile der Bevölkerung verabschieden. Integrationspolitik bedeutet teilhabeorientierte Gesellschaftspolitik für alle gesellschaftlichen Gruppen und vollzieht sich auf struktureller, kultureller, sozialer und identifikativer Ebene. Nur eine chancengerechte Teilhabe und Anknüpfung aller Menschen bringt uns dem demokratischen Gleichheitsanspruch näher.



Prof. Dr. Naika Foroutan

Die Sozialwissenschaftlerin ist Direktorin des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Im Auge des Sturms

Die Extremismusforscherin Julia Ebner begibt sich undercover in rechtsextreme Onlinemilieus.

V

Von außen betrachtet sieht Julia Ebners Arbeitsplatz nicht anders aus als der anderer Wissenschaftler. Der Unterschied ist, dass sie sich von ihrem Schreibtisch aus in Welten begibt, in denen Kriege geplant werden. Ebner, 1991 in Wien geboren und zurzeit Doktorandin an der Universität von Oxford, ist Extremismusforscherin. Sie untersucht ein gesellschaftliches Phänomen, das seine Anfänge oft im Verborgenen nimmt, im Extremfall aber schon mehrmals die Weltöffentlichkeit schockierte: Die rassistisch motivierten Attentäter etwa von Christchurch, El Paso, Pittsburgh oder Halle hatten sich vor ihren Taten vor allem in einschlägigen Internetforen radikalisiert. „Rechtsextremismus ist nicht neu, sondern die Art und Weise, wie er sich heute konstituiert und wirkt“, erzählt Julia Ebner. Um an diese Informationen zu gelangen, begab sie sich unter verschiedenen Identitäten selbst in die virtuellen Subkulturen. Das sind zum Beispiel Plattformen wie 4chan oder Messenger-Dienste wie Telegram. „Es ist ein Irrglaube, dass solche extremistischen Biotope nur verborgen im Darknet gedeihen. Oft braucht es nur einen Klick, um von einem YouTu-

Real: Ebner in London.



be-Video oder einer Facebook-Gruppe in einem einschlägigen Forum zu landen“, sagt Ebner.

Ihre Motivation, sich ins Auge des Sturms zu begeben, erklärt sich auch direkt aus einem Vorfall, der drei Jahre zurückliegt. Damals stand Tommy Robinson, einer der weltweit einflussreichsten ultrarechten Aktivisten und Gründer der rechtsextremen English Defence League vor

ihrem Schreibtisch. Vor laufender Kamera beschuldigte er sie der Verbreitung von Unwahrheiten, um den Mitschnitt dann auf seinem YouTube-Kanal hochzuladen. Das Video wurde hunderttausendfach geklickt, Ebners damaliger Arbeitgeber massiv bedroht. Sie verlor ihren Job, weil ein rechter Krawallmacher mithilfe der sozialen Medien eine Gewalt mobilisieren kann, die nicht

allein die Meinungsfreiheit bedroht – sondern in der Konsequenz die Demokratie.

Heute arbeitet Julia Ebner für das Institute for Strategic Dialogue (ISD) in London. Ihre Erfahrungen fließen dort in Studien und Gutachten ein, die etwa Regierungen weltweit dabei helfen, das neue Phänomen der Radikalisierung im Netz zu verstehen sowie Präventions- und Lösungskonzepte zu erstellen. Ebners Grundlagenforschungen sind auch Teil der aktuellen ISD-Studie „Das Online-Ökosystem rechtsextremer Akteure“, die von der Robert Bosch Stiftung gefördert wurde und die verdeutlicht, wie wichtig es ist, dass Regierungen und Behörden weltweit genau darüber informiert sind, welche Gefahren für das Gemeinwohl täglich online entstehen. Im Laufe ihrer Netz-Recherchen merkte Ebner auch, wo sie an Grenzen stieß. „Man bekommt ja nur so viel zu sehen wie andere User auch. Ich wollte aber auch verstehen, inwiefern die Bewegungen strategisch gelenkt werden.“ So sei etwa die Kommunikationsstrategie der „Identitären Bewegung“, einer jungen rechtsextremistischen Organisation, die derzeit in Europa massiv expandiert, nicht allein in Onlineforen zu analysieren. Julia Ebners Recherchen traten in die Phase zwei: Sie machte undercover weiter, nun allerdings in der realen Welt. Dafür entwickelte sie eine Tarnidentität: Jennifer Mayer, Philosophiestudentin, deren Leben sie bis in kleinste Detail „wie eine Romanfigur“ konstruierte. Mit gefälschtem Twitterprofil suchte sie Kontakt zu den Identitären und nahm schließlich sogar, mit Perücke getarnt, an konspirativen Treffen der Gruppe teil.

Wenn sie gefragt wird, was sie befähigt, einen solchen Mut aufzubringen, dann antwortet sie nach einigem Zögern, dass ihr ein gewisses Maß an Naivität und Risikobereitschaft zu eigen sei. „Und die Einstellung, dass alles möglich ist, wenn man bereit ist, Grenzen zu überschreiten.“ Dass ihre Mutter Schauspielerin sei, mag auch hilfreich gewesen sein, ergänzt sie.

Virtuell: Ebner mit ihrer Tarnidentität Jennifer Mayer.



Wir sind das Internet

Julia Althoff entwickelt gemeinsam mit YouTubern Videos zu politischen Themen.



Vor zehn Jahren startete die Robert Bosch Stiftung gemeinsam mit der deutschen Filmproduktion UFA X ein Experiment und fragte: Wie können wir bildungsbenachteiligte Jugendliche mit komplexen politischen Themen erreichen? Das Projekt hieß „Du hast die Macht“ und war ein Pionier in der digitalen Jugendbildung. Das Projektteam bekam sehr viel Raum, um auszuloten, wie die Ansprache Jugendlicher zu gesellschaftspolitischen Themen im Social Web gelingen kann. Dadurch ist eine Expertise entstanden, die in der außerschulischen Jugendbildung bis dahin fehlte. Wir waren die ersten

und konnten neue Pfade betreten, experimentieren und wachsen. Auch die zeitgleiche Forschung durch die TU Dresden rund um Professorin Anja Besand hat massiv dazu beigetragen, edukative Inhalte für Jugendliche neu, anders und innovativ anzubieten. Die Studienergebnisse waren so aufschlussreich, unsere Lernkurve so steil, dass wir sehr schnell neue Wege ausprobiert und erfolgreich umgesetzt haben. Es gab neben Interviews und Straßenumfragen auch Talkshows und eine eigene Casting-Show. Die Show hieß RAputation und hat den besten politischen Nachwuchsraper Deutschlands gesucht. Die Jury wurde von Politikern wie Renate Künast oder Cem Özdemir begleitet. YouTube war als mediale Plattform lange nicht so verbreitet wie heute und von YouTubern sprach kaum jemand. Heute sind sie auf der medialen Bühne nicht mehr wegzudenken, sie sind auch der Schlüssel für das MESH Collective, das Ergebnis des Experiments, das sich aus dem Projekt „Du hast die Macht“ entwickelt hat. Die Redaktion des MESH Collective ist nur Mittler, Hauptakteure sind die reichweitenstarken Jugendlichen selbst. Ein Beispiel ist der YouTuber RobBubble, in einem seiner Videos erklärt er, wie durch den Konsum von Smartphones Elektromüll entsteht. Oder die YouTuberin Nihan – sie wurde mit Beauty-Blogs bekannt, im Video „Die schlimmsten Kommentare, die wir je bekommen haben“ erzählt sie aber auch von Hass und Fremdenfeindlichkeit. Wir zeigen heute gemeinsam mit YouTuberInnen und InstagrammerInnen, wie gesellschaftliche Themen für Jugendliche erzählt werden können.

Medienkompetent

Julia Althoff war Leiterin des Projekts *Du hast die Macht* der Robert Bosch Stiftung, das mit Jugendlichen Medienformate für politische Themen entwickelte. Heute leitet sie das MESH Collective, das aus diesem Projekt hervorgegangen ist. Gemeinsam mit reichweitenstarken Social-Web-Persönlichkeiten produziert MESH gesellschaftspolitische Social Videos für YouTube, Facebook, TikTok oder Instagram.

